WWW.DIEWIRTSCHAFT-KOELN.DE | AUSGABE 02.21

DIE WIRTSCHAFT

DAS WIRTSCHAFTS-MAGAZIN FÜR KÖLN UND DIE REGION

MEHR FRAUEN AN DEN DRÜCKER

Weiterhin viele verschlossene Türen für weibliche Fachkräfte

LUFTFAHRT IM WANDEL

Anke Kaysser-Pyzalla im Interview

TOURISMUS IN KÖLN

Corona lässt Gastzahlen einbrechen

Titelbild: Lvnel, elena, serdarerenlere – stock.adobe.com

FORD LEASE FULL- SERVICE- PAKET:[1]
- INKL. WARTUNGSKOSTEN
- INKL. VERSCHLEISSKOSTEN

JETZT OHNE SONDERZAHLUNG

FORD FOCUS TURNIER TREND

1,0-l-EcoBoost-Benzinmotor 74 kW (100 PS), 6-Gang-Schaltgetriebe, Start-Stopp-System, Euro 6d-ISC-FCM, Metallic-Lackierung, Pre-Collision-Assist, Fahrspur-Assistent inkl. Fahrspurhalte-Assistent, Klimaanlage, LED-Tagfahrlicht, Ford Audiosystem u. v. m.

Monatliche Ford Lease Full-Service-Rate

€ 179,-[1,2] netto **(€ 213,01** brutto**)**

FORD TRANSIT CONNECT BASIS KASTENWAGEN

1,5-l-EcoBlue-Dieselmotor 55 kW (75 PS), 6-Gang-Schaltgetriebe, Start-Stopp-System, Euro 6d-ISC-FCM, Frost-Weiß, 6,5 J x 16“ Stahlräder 205/60 R 16 Reifen und Radnabenabdeckung, Bordcomputer, Berganfahrassistent, Doppelflügelhecktür u. v. m.

Monatliche Ford Lease Full-Service-Rate

€ 189,-[1,3] netto **(€ 224,91** brutto**)**

Abbildungen zeigen Designstudien.

Kraftstoffverbrauch (in l/100 km nach § 2 Nrn. 5, 6, 6a Pkw-EnVKV in der jeweils geltenden Fassung):
Ford Focus Turnier Trend: 5,4 (innerorts), 4,3 (außerorts), 4,7 (kombiniert); CO2-Emissionen: 109 g/km (kombiniert).

Ihr individuelles Angebot erhalten Sie bei den aufgeführten Ford Partnern.

AUTO STRUNK	LA LINEA	KIERDORF	GEBERZAHN	R&S
Auto-Strunk GmbH	**La Linea Franca KFZ-Handelsges. mbH**	**Autohaus KIERDORF Niederlassung der I.C. Autohandel Rheinland GmbH**	**Autohaus Rudolf Geberzahn GmbH & Co KG**	**R&S Mobile GmbH & Co. KG**
Neusser Str. 460–474 50733 Köln Tel.: 0221/74 94 0 **www.auto-strunk.de**	Humboldtstr. 134 51149 Köln (Porz) Tel.: 02203/30 47 0 **www.lalinea.de**	Oskar-Jäger-Str. 166–168 50825 Köln Tel.: 0221/40 08 50 **www.autohaus-kierdorf.de**	Rösrather Str. 511 51107 Köln Tel.: 0221/89 90 70 **www.ford-geberzahn.de**	Robert-Bosch-Str. 4 50769 Köln Tel.: 0221/70 91 70 **www.rsmobile.de**

www.fordhändler-köln.de

[1] Angebot der ALD AutoLeasing D GmbH, Nedderfeld 95, 22529 Hamburg, für Gewerbekunden (ausgeschlossen sind Großkunden mit Ford Rahmenabkommen sowie gewerbliche Sonderabnehmer wie z. B. Taxi, Fahrschulen, Behörden). Das Ford Lease Full-Service-Paket beinhaltet alle Wartungs- und Inspektionsarbeiten sowie anfallende Verschleißreparaturen im vereinbarten Umfang. Details unter www.ford.de/finanzen/finanzierung-und-versicherung/business-finanzierung/ford-flatrate. [2] Gilt für einen Ford Focus Turnier Trend 1,0-l-EcoBoost-Benzinmotor 74 kW (100 PS), 6-Gang-Schaltgetriebe, Start-Stopp-System, Euro 6d-ISC-FCM, Metallic-Lackierung; € 179,- netto (€ 213,01 brutto) monatliche Leasingrate, € 0,- netto (€ 0,- brutto) Leasing-Sonderzahlung, bei 36 Monaten Laufzeit und 30.000 km Gesamtlaufleistung. [3] Gilt für einen Ford Transit Connect Basis Kastenwagen 1,5-l-EcoBlue-Dieselmotor 55 kW (75 PS), 6-Gang-Schaltgetriebe, Start-Stopp-System, Euro 6d-ISC-FCM, Frost-Weiß; € 189,- netto (€ 224,91 brutto) monatliche Leasingrate, € 0,- netto (€ 0,- brutto) Leasing-Sonderzahlung, bei 36 Monaten Laufzeit und 30.000 km Gesamtlaufleistung.

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Frauen in Führungspositionen war vor knapp zwei Jahren schon einmal unser Topthema. „Kein Zutritt für Frauen“ titelten wir seinerzeit. Und jetzt lesen Sie die Headline „Mehr Frauen an den Drücker“. Sie ahnen es: Viel hat sich nicht getan. Noch immer wählen Männer ihresgleichen in die Aufsichtsräte. Frauen gelangen zwar über Quoten in leitende Positionen, was aber auch nicht der Weisheit letzter Schluss sein kann. Und jetzt setzt Corona zur Grätsche an und schickt in erster Linie Frauen zurück ins Homeoffice und Homeschooling, zurück in alte Rollenklischees.

Überhaupt Corona. Das Miststück ändert seine Struktur und taucht aggressiver und gefährlicher rund um den Globus auf – ob in England, Brasilien oder Südafrika. Irgendwann landen sämtliche Mutationen auch bei uns – und finden einen reich gedeckten Tisch vor. Denn das mit dem Impfstoff, seiner Beschaffung, Verteilung und Verabreichung klappt rein gar nicht. Da wird der bei uns entwickelte Stoff von Biontech großzügig an die EU geliefert – Deutschland geht zwar nicht leer aus, hat aber weniger Impfstoff zur Verfügung als das gerade aus der EU ausgetretene Großbritannien. Da bin ich „not amused“.

Dass sich der Impfstoff von AstraZeneca nach der Zulassung als problematisch erweist, kann man der Regierung nicht anlasten. Was man aber konstatieren muss: Das Management der Coronakrise geriet für die Bundesregierung wie auch für die 16 Landesfürsten zu einer Katastrophe. Da werden Regeln aufgestellt und Verbote erlassen, aber natürlich nicht bundesweit, sondern je nach Bundesland und Lust und Laune. Das gipfelte darin, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Bevölkerung um Verzeihung bat, nachdem ihr der geplante massive Osterlockdown um die Ohren geflogen war. Das Eingeständnis eines Fehlers, verbunden mit der Hoffnung, die rapide Talfahrt der Union zu stoppen. Bis zur Wahl im September wird’s der Wähler schon vergessen haben.

Oder auch nicht. Denn im Vorfeld von Corona ist zu viel aufgelaufen. Großzügige Milliarden-Staatshilfen für Lufthansa und Co, während Gastronomen auf zugesagte Unterstützung von „Bazooka Joe“ Scholz und Altmaier warten. Und mit ihrem Privatvermögen einstehen – bis zum bitteren Ende. Läuft nicht bei uns – siehe Flughafen BER, Stuttgart 21 und die Kölner Oper. Alles dauert doppelt so lange und wird dreimal so teuer – wir werden von Luschen regiert.

Wobei das „um Verzeihung bitten“ gerade ziemlich in ist. Rainer Maria Kardinal Woelki bat nach Weihnachten seine Schäfchen um Verzeihung. Allerdings nicht um das, was in Gottes Namen Kindern und Jugendlichen an sexualisierter Gewalt widerfahren ist. Vielmehr darum, „was sie an der Kritik darüber und auch an der Kritik an meiner Person ertragen mussten“. Erbärmlich. Ein Gutachten, das ihn von jeglicher Beteiligung freispricht und etwa den verstorbenen Kardinal Meisner als Vertuscher in den Vordergrund rückt, klingt absolut unglaubwürdig. Denn Meisner hatte sieben Jahre lang einen Geheimsekretär: eben Woelki. Da wird der Titel zum Programm. Es stinkt zum Himmel.

Herzlichst

Eugen Weis, Herausgeber

IMMER UP TO DATE

www.diewirtschaft-koeln.de

ALCARO
OSMAB Unternehmensgruppe

FINANZIEREN
PLANEN
ERRICHTEN
REVITALISIEREN
VERMIETEN
PROJEKTIEREN

DER FLEXIBILITÄT VON LOGISTIKIMMOBILIEN GEHÖRT DIE ZUKUNFT

Die Alcaro Invest GmbH ist einer der führenden Projektentwickler für Logistik- und Büroimmobilien. Die klare Fokussierung auf unkomplizierte Entscheidungsstrukturen ermöglicht es unserem Hause in kürzester Zeit individuelle Projekt-Lösungen zu realisieren. Wir sichern zügig den idealen Standort, übernehmen Projekt-Planung und schlüsselfertige Baurealisierung, leisten als Immobilieninvestor die Finanzierung und vermieten schnell und effizient. Ob Neubau oder Revitalisierung – dank unseres reibungslosen Prozessmanagements führt die Alcaro in Deutschland und ganz Europa die Logistik-Projekte ihrer Kunden ohne Umweg zum Erfolg.

Alcaro Invest GmbH
Leibnizpark 4, D-51503 Rösrath
Fon +49 (0) 2205 94 94 - 0
www.alcaro.de | info@alcaro.de

HIGHLIGHTS DIESER AUSGABE

Foto: Lvnel, elena, serdarerenlere – stock.adobe.com

MEHR FRAUEN AN DEN DRÜCKER

Führungspositionen für Frauen weiterhin rar

..... ab Seite 06

Foto: DLR

DLR-CHEFIN IM INTERVIEW

Wandel im Luftfahrtverkehr

..... ab Seite 12

Foto: Jeanette Dietl – stock.adobe.com

SIE HAT DAS WORT

Alles zur BVMW-Aktion

..... ab Seite 16

IMPRESSUM

Verlag und Herausgeber:
Weis Wirtschaftsmedien GmbH
Eugen Weis
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
Telefon 0221.4743924
info@diewirtschaft-koeln.de
www.diewirtschaft-koeln.de

Objekt- und Anzeigenleitung:
Alex Weis
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
Telefon: 0221.4743924
anzeigen@diewirtschaft-koeln.de

Redaktionsleitung:
Matthias Ehlert (ViSdP)
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
redaktion@diewirtschaft-koeln.de

Redaktion:
Matthias Ehlert *(me)*, Heribert Eiden *(he)*, Monika Eiden *(mei)*, Christian Esser (ce), Astrid Waligura *(aw)*,Eugen Weis *(ew)*

Jahrgang: 6, Heft 2/2021

Auflage: 17.000 Exemplare

Fotos: stock.adobe.com, Alex Weis, Envato, sowie Kunden und privat

Druck: Druckhaus DOC
Zeißstr. 23-27, 50171 Kerpen
Telefon: 02237.9757011

Gestaltung / Layout:
Amann Design
Rixdorfer Str. 9, 51063 Köln
Telefon 0221.3465088
kontakt@amanndesign.de
www.amanndesign.de

© Weis Wirtschaftsmedien GmbH 2021 - Nachdruck und Vervielfältigungen jeglicher Art, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages. Alle Urheberrechte liegen bei DIE WIRTSCHAFT / oder beim Verlag bzw. den Autoren. Auch Werbeschaltungen sind urheberrechtlich geschützt. Es gelten unsere AGBs. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Unser Verlag wird beraten und rechtlich vertreten durch: Rechtsanwälte Stiletto Wilhelm & Kollegen.

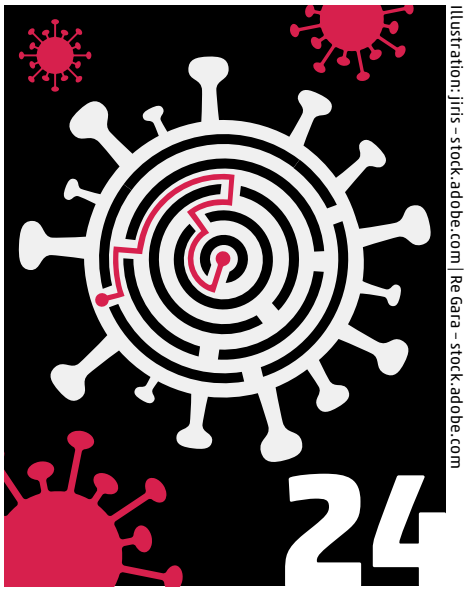


Illustration: jiris – stock.adobe.com | Re Gara – stock.adobe.com

NEVER-ENDING LOCKDOWN

Steigende Infektionszahlen

..... ab Seite 24

Foto: FlagMan – stock.adobe.com

DIALOGANGEBOT

Wirtschaftskraft bündeln

..... ab Seite 36

Foto: KölnTourismus / www.baduring.de

TOURISMUS IN KÖLN

Dramatisches Jahr 2020

..... ab Seite 38

WEITERE THEMEN:

Corona belastet Frauen ..... S. 14
Unternehmen testen ..... S. 26
BIP fällt durch Corona ..... S. 28
Sparkasse KölnBonn ..... S. 34
Kölner Lebenslagen ..... S. 42

... und vieles mehr ...

IMMER UP TO DATE

www.diewirtschaft-koeln.de

Hinweise: Es gilt die Anzeigenpreisliste aus November 2020. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Falle die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt DIE WIRTSCHAFT keine Haftung. Für fehlerhafte oder unterbliebene Angaben übernehmen wir keine Gewähr.
Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.
Es gelten unsere AGBs.

Copyright/ Urheberrecht: Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung von Weis Wirtschaftsmedien GmbH.
Alle Urheberrechte liegen bei DIE WIRTSCHAFT bzw. den Autoren. Auch Werbeschaltungen sind urheberrechtlich geschützt. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Datenschutz/Disclaimer: Sie finden in unserer Print-Ausgabe an verschiedenen Stellen sogenannte QR-Codes. Diese ermöglichen Ihnen mit einer App für das Smartphone oder Tablet diese einzuscannen. Daraufhin werden Sie bequem direkt zu dem jeweiligen Online-Angebot weitergeleitet. Auf unserem Internetangebot finden Sie bspw. weiterführende Infos oder können direkt an Gewinnspielen teilnehmen. Dabei erheben wir Analysedaten für statistische Zwecke und zur Verbesserung unseres Angebots, die wir bspw. durch anonymisiertes Tracking erfassen. Es werden dabei keinerlei persönliche Daten erfasst oder an Dritte weitergegeben.
Weitere Informationen und die Möglichkeiten diese Datenerhebung zu unterbinden finden Sie online in unserer Datenschutzerklärung unter: www.diewirtschaft-koeln.de/datenschutzerklaerung
Zudem können Sie direkt auf Links klicken, die sich in unserer Ausgabe befinden (z.B. im E-Paper oder der PDF-Version). Der Verlag übernimmt dabei keine Haftung für etwaige Fehler oder Irrtümer und wir weisen daraufhin, dass allein die jeweiligen Seitenbetreiber für die Inhalte verantwortlich sind.

Stand April 2021

Bei **AMP**, **Local Based Services**, **Responsive-Design** oder **DSGVO** stehen Sie auf dem Schlauch?

KEIN PROBLEM!

SEARCH ENGINE OPTIMIZATION (SEO)

WEBSITE-BUILDING

SOCIAL MEDIA BETREUUNG

MARKETING

DSGVO-BERATUNG

E-COMMERCE

SEARCH ENGINE MARKETING (SEM)

MOBILE APPS

Ob lokaler Dienstleister, KMU, Start-up oder Großprojekt: Mit über 10 Jahren Erfahrung in der digitalen Welt, helfen wir auch Ihnen beim erfolgreichen Auf- oder Ausbau Ihrer Online-Präsenzen.

CityNEWS

CityNEWS Verlag
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
Tel.: 0221 - 47 43 923
info@citynews-koeln.de

WEITER VERSCHLOSSENE TÜREN FÜR FRAUEN

Unterschiedliche Voraussetzungen für Frauen in Führungspositionen

Foto: denisismagilov – stock.adobe.com

Es ist noch gar nicht lange her, als „Frauen in Führungspositionen“ das Titelthema dieser Publikation war unter dem Titel „Kein Zutritt für Frauen“. Es war eine Spurensuche nach Frauen einer seltenen Spezies – Frauen mit Führungsaufgaben in Aufsichtsräten und Vorständen, Gründerinnen, Macherinnen. Nun geht die Suche weiter.

Das Magazin drehte sich vor nicht ganz zwei Jahren um Frauen, die Führungsrollen innehaben, ganz gleich ob an der Spitze von Bund, Ländern, Kommunen, in Verbänden sowie in kleinen, mittleren und großen Wirtschaftsunternehmen. Zugleich wurden Gründe dargelegt, warum es den vielen von Männern dominierten Unternehmen so schwer fällt, mehr Frauen in Führungsaufgaben zu holen. Ein großer Frauenanteil in der Führungsebene ist in vielen Unternehmen eine „Mangelware“ – von Parität keine Spur. Doch es geht auch anders. Seit unserer letzten Spurensuche und auch schon davor haben wir immer wieder mit weiblichen Führungskräften aus der Region sprechen dürfen, wie Oberbürgermeisterin Henriette Reker, IHK-Köln-Chefin Nicole Grünewald, der Vorstandsvorsitzenden der KVB AG, Stefanie Haaks, oder zuletzt mit der Leiterin der BVMW-Wirtschaftsregion Köln/Rhein-Erft, Margit Schmitz. Doch ist die Spurensuche noch nicht vorbei. Höchste Zeit also, das Thema wieder in einem aktuellen Licht erscheinen zu lassen. Zwar gab es in den letzten Jahren einen erkennbaren Anstieg beim Anteil von Frauen in Vorständen, Aufsichtsräten und anderen Führungspositionen – doch Corona belastet die positiven Entwicklungen der vergangenen Jahre. Familien jonglieren mit Kindern im Homeoffice beim Homeschooling, Frauen werden in alte Rollenmuster gedrängt. Wie versuchen Wirtschaft, die Stadt Köln, das Land NRW und der Bund Rückschritte zu vermeiden und gleichzeitig den Frauenanteil in Führungsebenen zu erhöhen?

Gute Frauenquote in der Stadtverwaltung

Auch bei der Verwaltung der Stadt Köln gibt es viele Führungspositionen zu besetzen. Die Stadtverwaltung Köln ist seit Jahren bzgl. der Gleichstellung von Frauen und Männern gut aufgestellt. Seit 2001 gab es immer wieder Förderinitiativen – mit Erfolg. Die Ausgangsposition für den aktuellen Gleichstellungsplan für 2019 bis 2023 startete von einem vergleichsweisen hohen Plateau aus. Bereits zum Jahresabschluss 2017 waren über 62 Prozent des Stammpersonals in der Verwaltung der Stadt Köln Frauen. Bei den Führungspositionen lag der Frauenanteil bei etwa 46 Prozent. Damit sich Familie und berufliche Karriere mit Führungsanspruch nicht im Wege stehen, setzt die Stadtverwaltung unter anderem auf Jobsharing, um Teilzeitmöglichkeiten für ihre Mitarbeiter zu schaffen. „Jobsharing wird bei der Stadt Köln als wichtiges Arbeitsmodell zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie gesehen und in der Praxis gelebt – auch in Führungspositionen. Rund 16 Prozent aller Führungskräfte arbeiten heute in Teilzeit. Mit 76 Prozent ist der überwiegende Teil der Führungskräfte in Teilzeit weiblich. Jedoch hat sich die Stadt Köln mit einem Strategiepapier das Ziel gesetzt, zukünftig weitere Führungspositionen in Teilzeit zu ermöglichen“, so Simone Winkelhog, stellvertretende Sprecherin der Stadt Köln, und führt weiter aus: „Jobsharing ist jedoch nur eins von mehreren Projekten, denen

sich die Stadt Köln aktuell widmet. Auf der Grundlage eines Kooperationsvertrages zwischen dem Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern sowie dem Amt für Personal- und Verwaltungsmanagement werden die Themen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie strategisch vorangetrieben und weiterentwickelt. So wurde die Stadt Köln bereits im Mai 2020 als familienfreundliches Unternehmen zertifiziert. Außerdem stehen aktuell Projekte wie z. B. der Aufbau eines Väternetzwerks, die Unterstützung eines Familienservices und die Durchführung von Beurlaubtentreffs zur Umsetzung an."

So gut wie in der Stadtverwaltung läuft es in der Privatwirtschaft hingegen nicht. Nach einer Studie der Zeppelin Universität in Friedrichshafen von 2019 lag Köln im Vergleich mit 68 anderen untersuchten Städten nur im unteren Drittel. Von den untersuchten 64 Führungspositionen in städtischen Unternehmen waren lediglich acht mit Frauen besetzt, 12,5 Prozent. Hier lag Berlin mit über 40 Prozent Frauenanteil bei Führungspositionen vorne. Einige Rheinkilometer weiter nördlich in Düsseldorf lag der Anteil bei 23,7 Prozent. Kein gutes Zeugnis für die Domstadt. Eine Insel für Frauen in Führungspositionen ist Köln damit nicht – allenfalls die Stadtverwaltung. Ein Mittel, um die Frauenquote in Vorständen zu erhöhen, hat das Bundeskabinett im Januar 2021 beschlossen. Wenn die Vorstände großer oder börsennotierter Unternehmen mehr als drei Mitglieder haben, muss künftig eins davon eine Frau sein. Für Aufsichtsräte gab es bereits zuvor eine Frauenquote von 30 Prozent bei paritätisch bestimmten Großunternehmen.

Neue Weiblichkeit bei Bayer

Ein Problem mit der Frauenquote in Führungsebenen wie im Aufsichtsrat hat und hatte lange Zeit der Bayer-Konzern in Leverkusen. Mit Sarena Lin gibt es seit Kurzem wieder eine Frau im Aufsichtsrat der Leverkusener. Jetzt will der Konzern bei der Gleichstellung aufs Tempo drücken und strebt im Management bis 2030 Geschlechterparität an und will insgesamt mehr Inklusion und Vielfalt fördern. In den unteren und mittleren Managements soll das Geschlechterverhältnis im Durchschnitt aller kombinierten Führungsebenen im Konzern schon 2025 bei 50/50 liegen. Beim Group Leadership Circle (Top 540) und bei der Group Executive Circle (Top 75) soll in vier Jahren der Frauenanteil bei 33 Prozent liegen. Bis 2030 wird auch hier eine Geschlechterparität angestrebt. „Im Rahmen der beschleunigten Transformation von Bayer setzen wir ganz auf die Kraft von Inklusion, Gleichberechtigung und Vielfalt", sagt Sarena Lin, Bayers neue Chief Transformation and Talent Officerin. „Die Menschen stehen dabei immer im Mittelpunkt. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit unseren Kollegen auf der ganzen Welt, um unseren Talentmanagement-Ansatz weiter voranzutreiben. Er wird umfassend, fair und unter Beachtung aller weltweit geltenden Gesetze und Regularien sowie über alle Führungsteams bei Bayer hinweg angewendet werden", so Lin. Bayer beschäftigt in Leverkusen etwa 7.600 Mitarbeiter.

Nur drei Branchen in Frauenhand

Der Lübecker Wirtschaftsinformationsanbieter databyte hat untersucht, wie ungleich die Lage der deutschen Wirtschaft bzgl. der Geschlechterparität ist. Lediglich in drei Branchen ist der Anteil der Frauen in Führungspositionen bei über 50 Prozent. Mit fast 70 Prozent Frauenanteil liegt die Frisör- und Kosmetikbranche auf dem ersten Rang. Es folgen knapp dahinter Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten mit etwa 67 Prozent sowie Sekretariats- und Schreibdienste mit etwa 61 Prozent. „Kaum eine Branche wird nicht von Männern dominiert", erläutert Alexander Hiller, Geschäftsführer der databyte GmbH. „Die Gesellschaft diskutiert die Vor- und Nachteile einer gesetzlichen Frauenquote weiterhin heftig. Ein Blick auf die Zahlen zeigt jedoch, dass ohne eine klare Herangehensweise ein Umbruch hin zur Parität auf dem deutschen Markt schwerlich gelingt." Mit dem Einzelhandel mit Kosmetikartikeln und Körperpflegemitteln, Einzelhandel mit Bekleidung, Einzelhandel mit Blumen und Pflanzen, ambulante soziale Dienste sowie Apotheken gibt es fünf Branchen, bei denen der Frauenanteil in Führungspositionen bei über 45 Prozent liegt. Bei einigen Wirtschaftszweigen sieht es allerdings ganz anders aus. In der Versicherungsbranche lag die Frauenquote in Führungsbranchen bei nur 14,9 Prozent. Noch geringer waren die Werte mit je 14,4 Prozent im Finanzwesen und Bankensektor. Ein Blick auf die Vorstände Kölner Finanzinstitute und Banken wie der Kreissparkasse Köln sowie der Sparkasse KölnBonn unterstreicht die Problematik in diesen Branchen exemplarisch. Im Vorstand der Kreissparkasse Köln gibt es kein weibliches Vorstandsmitglied, bei der Sparkasse KölnBonn sitzt zumindest eine Frau mit am Vorstandstisch. Einer weiteren Analyse der Münchener Wirtschaftsauskunftei Crifbürgel zufolge ist der Anteil von Frauen in Führungspositionen deutscher Unternehmen zuletzt sogar etwas zurückgegangen. Insgesamt lag die Quote im März 2021 bei 24,6 Prozent. Im Oktober 2020 waren es noch 24,9 Prozent laut Crifbürgel. NRW liegt mit 23,6 Prozent im unteren Mittelfeld. Ein generelles Problem innerhalb der Wirtschaft scheinen die Analysen zu enttarnen. Aus den Zahlen geht hervor, dass der Anteil weiblicher Chefs desto geringer ausfällt, je mehr Mitarbeiter im Unternehmen beschäftigt sind. Ursachen für den Rückschritt hinsichtlich Frauen in Führungspositionen nennt die Studie nicht – womöglich sind es bereits erste Spuren der Pandemie.

Christian Esser

Foto: motortion – stock.adobe.com

Bei Entscheidungen im Business bleiben Frauen meist außen vor

IM TWISE-TANDEM KARRIERE MACHEN

Modernes Topsharing hält auch Frauen in der Talente-Pipeline

Foto: Jacob Lund - stock.adobe.com

Unternehmen gewinnen mit Twise Talente im Doppelpack

Mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen – das ist die Mission der Volkswirtin Nina Gillmann. Die Initiatorin der Karriere-Plattform Twise glaubt an das Tandem-Modell als Mittel zum Zweck. Die vierfache Mutter hat ein klares Ziel vor Augen: „Bis 2030 sollen auf allen Ebenen 50 Prozent der Führungspositionen in Deutschland mit Chefinnen besetzt sein." Die Coronapandemie beschleunigt die Entwicklung und den Erfolg ihrer Geschäftsidee.

Twise ist ein achtköpfiges Team, das sich auf das Matchmaking und die Vermittlung von Tandem-Partnerinnen spezialisiert hat. Im Februar 2020 brachte Nina Gillmann das Start-up zusammen mit Co-Founderin Monika Kayser online. Entstanden ist die Geschäftsidee schon früher, nach einem beruflichen USA-Aufenthalt von Nina Gillmann. „Ich habe zwölf Jahre lang als Consultant bei der Managementberatung McKinsey gearbeitet, unter anderem in New York. Es gab immer gemischte Teams bei uns. Auch auf Kundenseite waren Führungspositionen ganz selbstverständlich mit Frauen besetzt." Zurück in Deutschland, sei sie regelrecht geschockt gewesen über die flächendeckende Männerdominanz in Führungsetagen. Nina Gillmann: „Als Ökonomin wollte ich natürlich wissen, ob was dran ist an meiner subjektiven Einschätzung, und habe nach verlässlichen Zahlen gesucht. Die Eurostat-Erhebung bestätigte meine Vermutung: Gemessen am Frauenanteil in Führungspositionen liegt Deutschland sogar weit unter EU-Durchschnitt im unteren Drittel. Die Bestätigung über dieses Missverhältnis hat mich angetrieben und führte zur Gründung von Twise."

Der Twise-Pool wächst

Mittlerweile sind über 100 Frauen bei Twise registriert, die sogenannten „Twisees". „Es sind auch einige Talente aus Köln und dem Umland dabei", weiß Nina Gillmann. „Topfrauen gibt es überall im deutschsprachigen Raum. Und die möchten wir in den Unternehmen halten bzw. sie dorthin zurückbringen. Besonders werdende Mütter sollen mit einem echten Karriereplan in den Kreißsaal gehen. Wir stellen ihnen bereits in der Schwangerschaft eine Tandem-Partnerin zur Seite, die ihren Job quasi verteidigt. Im besten Fall bleiben sogar beide Frauen dem Unternehmen erhalten. Keine qualifizierte Frau soll mehr in der Teilzeitfalle hängen bleiben. Man muss sich das mal vorstellen: Allein in Westdeutschland geben rund 75 Prozent der Frauen ihren Vollzeitjob auf, wenn sie Mutter werden. Und dann war's das mit dem Topjob. Dadurch gehen den Unternehmen mit der Familiengründung schon im Mittelbau wertvolle weibliche Talente verloren. Und was passiert? Aus Quotengründen werden dann teure Topmanagerinnen aus dem Ausland eingekauft. Mit Twise bieten wir genau hier eine Lösung an, die sowohl den Unternehmen als auch den Frauen eine langfristige Karriereplanung ermöglicht."

Foto: Alex Weiß

Henriette Reker, Oberbürgermeisterin von Köln, zum **Jobsharing**:

„Jobsharing ist eines von mehreren Arbeitsmodellen zu Führen in Teilzeit, die bei uns in der Praxis gelebt und umgesetzt werden – auch im Kreis meiner engsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Meine Erfahrungen damit sind sehr positiv, die Kolleginnen und Kollegen sind hoch motiviert, weil Privatleben und Karriere damit besser vereinbar sind. Jobsharing ist ein wichtiges Instrument, um allen die gleichen Karrieremöglichkeiten zu bieten. Zudem ist es unser Ziel, auf diese Weise die Anzahl der Führungspositionen in Teilzeit messbar zu erhöhen."

Einzigartiges Matching-Tool

Für die Twisees werden keine Vermittlungsgebühren fällig. „Unsere Leistungen für die Frauen sind kostenlos. Finanziert werden sie durch unsere Auftraggeber, die Unternehmen“, erklärt Monika Kayser, Mitbegründerin von Twise und selbst Mutter von drei Kindern. „Braucht das Unternehmen eine passende Tandem-Partnerin für vorhandene Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber, suchen wir jemanden, der zu der beruflichen und individuellen Lebenssituation passt. Das kann eine Frau aus demselben Unternehmen sein, aber auch aus unserem Twisee-Pool. Zusätzlich zur Qualifikation muss die Chemie im Tandem stimmen, sonst funktioniert das nicht“, weiß Monika Kayser. „Bei Twise machen wir uns einen einzigartigen und wissenschaftlich fundierten Persönlichkeits-Matching-Algorithmus zunutze.“ Wenn erfolgreich „gematcht“ wurde, begleitet Twise seine Tandems persönlich durch den Onboarding-Prozess im Unternehmen. „Das heißt: Auch alle Stakeholder im Betrieb werden von Beginn an mit ins Boot geholt“, sagt Monika Kayser.

Die Pandemie als Beschleuniger

Durch die Coronapandemie hat sich der Pool von Twise erheblich verändert. „Anfangs meldeten sich vor allem Frauen, für die nach langer Pause der Wiedereinstieg im Tandem eine einzigartige Chance bedeutete“, erklärt Monika Kayser. Durch die Pandemie-Situation seien plötzlich über die Hälfte der Twisees Umsteigerinnen, also erfolgreiche, bereits berufstätige Frauen. Warum? „Weil die Frauen nicht nur Job und Familie unter einen Hut bringen, sondern zusätzlich noch Homeoffice, Homeschooling und Homekindergardening bewältigen müssen. Das bringt das Fass bei vielen zum Überlaufen. Es werden neue Lösungen gesucht“, so die Expertin. Auch bei den Unternehmen habe unter anderem durch Corona ein verstärktes Umdenken stattgefunden, beobachtet Monika Kayser. „Viele Firmen müssen beispielsweise Stellen abbauen, um Kosten zu sparen. Statt ein Talent ganz ziehen zu lassen, könnten sich im Tandem fortan zwei eine Stelle teilen und im Unternehmen bleiben.“ Monika Kayser kennt noch weitere Argumente, die für eine Tandem-Lösung sprechen. „Die geburtenstarken Jahrgänge verlassen in den kommenden Jahren zuhauf die Betriebe. Es wäre fatal, wenn das Wissen all dieser Topkräfte verloren ginge. An diese Manager vermitteln wir unsere Twisees als Partnerinnen fürs ‚Up-Skilling‘ im Rahmen von sogenannten Junior-Senior-Tandems: die eine Hälfte in Altersteilzeit, die andere Hälfte in Elternteilzeit.“ Eine weitere Zielgruppe für das Twise-Team sei die Zielgruppe der „Frühstarter“. „Das sind Frauen, die noch gar keine Kinder haben, aber jetzt schon an Familienplanung denken, weil sie das Phänomen der Teilzeitfalle von ihren Eltern oder ihrem Arbeitsumfeld kennen“, erklärt Monika Kayser.

Alle Talente fördern

Noch verfolgt Twise vor allem die Vision, mehr Frauen in Führung zu bringen. „Aber wir denken auch darüber hinaus“, sagt Monika Kayser. „Uns geht es um Chancengleichheit für alle. Und zwar die ganze Talente-Pipeline entlang: gender-paritätisch, divers, entwicklungspotenzial- und leistungsorientiert. In diesem Sinne werden hoffentlich viele Unternehmen das Twise-Tandem-Modell auch für das Thema Vielfalt und Inklusion entdecken.“

Astrid Waligura

ⓘ *www.twise.eu*

Foto: pairforming / Tim Tichatzki

Katharina Wiench und Esther Himmen geben ihre Erfahrungen weiter

Tandem-**Coaching** aus Köln

Auch Esther Himmen und Katharina Wiench aus Köln arbeiten erfolgreich als Karriere-Duo zusammen. Mehr noch: Die beiden haben das Tandem-Modell zu ihrer beruflichen Kernkompetenz ausgebaut. Über die Plattform Pairforming geben sie ihre Erfahrungen an Unternehmen und Tandem-Interessierte in Führungspositionen in Form von persönlichen sowie digitalen Coachings, Vorträgen und Seminaren weiter. Ihr Fokus liegt dabei nicht ausschließlich auf Frauen: „Topsharing ist ein Modell für Frauen und für Männer“, sagt Esther Himmen. „Wir sind auf Tandem-Coaching in Führungsetagen spezialisiert. Unser Ziel: mehr lebensphasenorientierte Arbeitsmodelle in Unternehmen zu integrieren. Wir unterstützen Unternehmen dabei, die traditionelle Art des Führens zu hinterfragen und sich auf die Reise vom ICH zum WIR zu begeben. WIR meint auch: Frauen und Männer gemeinsam!“

Anfangs gingen die beiden Unternehmerinnen in der Umsetzung ihrer Geschäftsidee von einem reinen Teilzeitmodell aus. „Mittlerweile stellen wir fest, dass alle zeitlichen Modelle nachgefragt werden“, erklärt Katharina Wiench. „Wir kennen alle Varianten, von 50:50 über 60:60 oder 60:80 bis zu 100:100.“ Pairforming begleitet diverse homogene und gemischte Tandems auf allen Hierarchie-Leveln. „Es gibt viele Möglichkeiten, um Topsharing umzusetzen und die Work-Life-Balance zu verbessern, auch für Topmanagerinnen und Topmanager“, weiß Katharina Wiench. „Man muss nur Mut haben – und es einfach tun!“

Wer an Topsharing interessiert ist, kann sich auf der Pairforming-Homepage eine erste hilfreiche 10-Schritte-Anleitung herunterladen. Auch ein rund 20-minütiges kostenloses Basis-Video gibt Einblick in die Vorteile und Umsetzung von Job- bzw. Topsharing. Auf den Pairforming-Profilen bei LinkedIn und Instagram läuft derzeit eine Social-Media-Kampagne. „Jede Woche stellen wir ein Tandem vor, um modernem Joint Leadership ein Gesicht zu geben“, so Katharina Wiench.

ⓘ *https://pairforming.com*

KÖLNER CHEFINNEN MELDEN SICH ZU WORT

Es braucht mehr als eine Quote!

Das Potenzial an Kölner Frauen mit Führungsqualitäten ist hoch und noch lange nicht ausgeschöpft. Viele Business-Frauen schließen sich in Netzwerken zusammen, um ihre Kräfte zu bündeln und dadurch sichtbarer zu werden. Es entstehen Veranstaltungen von Frauen für Frauen, wie der Frauen-Business-Tag in der IHK. Kooperation statt Konkurrenz lautet hier das Motto. Noch ist keine Lawine losgetreten, aber der Schneeball-Effekt ist ins Rollen gekommen. Wir haben exemplarisch sieben Kölner Chefinnen zur Quote und zu mehr Diversity in der Kölner Wirtschaft befragt. In einem Punkt sind sich alle einig: Es ist noch Luft nach oben ...

Foto: Norbert Hüttermann

Nicole Grünewald

Präsidentin der IHK Köln & Geschäftsführerin The Vision Company Werbeagentur

„Es ist mir eine Herzensangelegenheit, dass mehr Frauen in Führung kommen! Deshalb bin ich auf vielen Podien und bei Mentoring-Veranstaltungen aktiv – und ich setze mich aktiv dafür ein, die Rahmenbedingungen für berufstätige Frauen zu verbessern. Ein Schlüssel zu beruflichem Erfolg sind die richtigen Netzwerke. Deshalb habe ich 2012 mit einigen Kolleginnen aus der Vollversammlung den Frauen-Business-Tag in der IHK ins Leben gerufen, als große Netzwerkveranstaltung für Frauen in der Wirtschaft. Ich freue mich darüber, dass wir den Tag künftig gemeinsam mit der Handwerkskammer Köln durchführen werden. Ich habe auch festgestellt, dass es noch nicht ganz so viele Frauen an den Spitzen großer Wirtschaftsvereinigungen gibt – ich werbe dafür, dass wir mehr werden."

Claudia Heckmann

Geschäftsführerin der KölnBäder GmbH

„Als Bäderchefin möchte ich Mitarbeitende befähigen, Motivation steigern und Potenziale freilegen. Gezielt motiviere ich Quereinsteiger/-innen, sich zu qualifizieren. Wir sind bei den KölnBädern auf einem guten Weg. Wir haben vor einigen Jahren die ‚Charta der Vielfalt' unterzeichnet und sind rezertifiziert im ‚audit berufundfamilie'. In der Geschäftsführung liegt der Frauenanteil bei 50 Prozent, auf der zweiten Führungsebene bei 43 Prozent. Immer mehr Frauen lassen sich zur ‚Fachangestellten für Bäderbetriebe' ausbilden. Für mehr Vielfalt in den Teams und mehr Frauen in Führung braucht es die erklärte Absicht, gute Vorbilder, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie den Mut, alte Muster zu durchbrechen – in den Unternehmen und in den Köpfen."

Foto: Frank Reinhold

Foto: © Jennifer Fey

Judith Dobner

Geschäftsführerin der Counterpart Group

„Ich glaube, es geht gar nicht um Mann oder Frau, sondern um Haltung, Qualifikation und Identifikation mit dem jeweiligen Unternehmen. Im Einzelfall sollte man sich also die Frage stellen: Was kann ein(e) Mitarbeiter/-in in seinem/ihrem Gebiet zum Mehrwert des Unternehmens beitragen? Das ist geschlechterunabhängig und macht sich rein an der Person, also dem Menschen, fest und sollte so auch behandelt werden. Ich denke nicht, dass eine Quote das eigentliche Problem löst. Sie ist jedoch ein gutes Mittel zur Sensibilisierung und Weichenstellung generell und anscheinend kommen wir ohne Quote in der Wirtschaft erst einmal nicht weiter. Bei Counterpart sind wir sehr gleichmäßig aufgestellt: 60 Prozent Frauen und 40 Prozent Männer."

Foto: Sandburg

Julia Pedersen

Gründerin des Start-ups Sandburg Hub

„Entspannt arbeiten und seine Kinder dabei aufwachsen sehen – das ist das Konzept von Sandburg. Wir wollen diese Art von Familienfreundlichkeit in Unternehmen und Städten möglich machen: Unsere Großraum-Eltern-Kind-Büros mit professioneller Kinderbetreuung geben Mitarbeitenden oder Selbstständigen mit Kindern die Gelegenheit, stressfrei zu arbeiten und gleichzeitig am Leben ihrer Kinder teilzuhaben. Ein Sandburg Hub ist ein Büro in einer Kita innerhalb eines Unternehmens und zwölf Stunden pro Arbeitstag geöffnet. Sollten Unternehmen noch gar nichts in Sachen Familienfreundlichkeit für ihre Belegschaft anbieten, wäre ein Sandburg Hub ein guter Anfang, auch im Hinblick auf wichtige Themen, wie Employer Branding und Schlüsseltalente halten."

Stefanie Haaks

Chefin der Kölner Verkehrs-Betriebe AG

„In unserer Mobilitätsbranche sind Frauen noch recht unterrepräsentiert. Sie haben daher die Chance aufzufallen, wenn sie fachlich überzeugen, sich in Netzwerken engagieren und ihre Tätigkeit mit Begeisterung ausfüllen. Dann kommt auch das richtige Angebot und damit die Möglichkeit der Weiterentwicklung. Frauen führen anders und das tut vielen Unternehmen einfach gut. Dazu bedarf es aber entsprechender Voraussetzungen, wie beispielsweise gute Kinderbetreuungsangebote. Wir bieten bei der KVB alle Rahmenbedingungen, die es braucht, damit sich jeder und jede entsprechend den persönlichen Voraussetzungen weiterentwickeln kann. Tradition und Innovation laufen bei uns Hand in Hand. Daher gibt es viele Gründe, bei uns einzusteigen."

Foto: Frank Reinhold

Foto: Rheinproduktiv

Dr. Marie-Christine Frank

Gründerin der PR-Agentur Drei Brueder und Initiatorin des „Macherinnen"-Netzwerks

„Diversity is key – dort, wo Frauen in Führung sind und es ein Diversity-Verständnis gibt, funktionieren Unternehmen und sogar ganze Länder besser. Beste Beispiele sind Neuseeland, Island, Estland, Finnland und Dänemark. Diese Länder werden von Frauen geführt und kommen gut durch die Coronapandemie. Diversity ist der Schlüssel und das meint nicht nur Gender-Diversity, sondern alle Kategorien von Vielfalt. Diverse Teams machen laut der Boston Consulting Group (BCG) 2018 immerhin 19 Prozent mehr Umsatz. Von Frauen geführte Start-ups generieren für jeden investierten Dollar 78 Cent Umsatz – Männer nur 31 Cent. Diversity ist ein entscheidender Hebel, wenn auch nicht der einzige."

Andrea Blome

Designierte Kölner Stadtdirektorin

„Gute Führung braucht klare Entscheidungen, aber gleichzeitig auch die Berücksichtigung vieler Details. Frauen beziehen bei der Lösungsfindung häufiger die operativen Ebenen mit ein und schaffen damit eine größere Akzeptanz in der Belegschaft. Unternehmen mit einem ausgewogenen Frauenanteil an Führungskräften werden als attraktive Arbeitgeber wahrgenommen und sind somit interessanter für qualifiziertes Personal. Eine Quote bringt die Gefahr mit sich, dass Frauen als ‚Quotenfrau' abgestempelt werden. Daher finde ich es wichtiger, dass Personalentscheidungen von ausgewogen besetzten Auswahlkommissionen getroffen werden. Wenn Männer Führungskräfte auswählen, entscheiden sie sich naturgemäß eher für Ihresgleichen."

Foto: Stadt Köln/Birgitta Petershagen

LUFTFAHRTVERKEHR IM WANDEL

DLR-Chefin Anke Kaysser-Pyzalla stellt die Weichen für „zero emission“

Foto: DLR

Frau am Drücker: Seit 1. Oktober 2020 ist Anke Kaysser-Pyzalla Vorstandsvorsitzende beim DLR

Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) zu leiten, ist seit vielen Jahren Frauensache. Auf Pascale Ehrenfreund folgte am 1. Oktober 2020 Anke Kaysser-Pyzalla, die ihr Büro ebenfalls am DLR-Standort Köln hat. Im Interview mit DIE WIRTSCHAFT spricht die Wissenschaftsmanagerin auch über den Green Deal im Luftfahrtverkehr.

DIE WIRTSCHAFT: Seit Oktober 2020 sind Sie im Amt. Was haben Sie sich für 2021 auf die Fahnen geschrieben?

Kaysser-Pyzalla: In der Coronakrise ist die Bedeutung neuer und gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse deutlich geworden. Gleichzeitig sehen wir, dass es immer wichtiger wird, unsere Kompetenzen in den DLR-Forschungsschwerpunkten Luft- und Raumfahrt sowie Energie und Verkehr zu kombinieren. Etwa in Hinblick auf klimafreundliche Antriebssysteme in der Mobilität. Um hier Synergien zu erzielen, richten wir unsere Organisationsstruktur konsequent an effizienten Prozessen aus. Und wir schaffen ein neues Vorstandsressort für Innovation, Technologie-Transfer und Forschungsinfrastrukturen. Es wird von Prof. Karsten Lemmer geführt, der bisher im Vorstand für Energie und Verkehr verantwortlich war. Unsere Strategien in allen Forschungsschwerpunkten werden enger aufeinander abgestimmt. So nutzen wir neue Felder wie Quantentechnologie und traditionelle DLR-Kompetenzen wie Aerodynamik oder Simulation für große Herausforderungen wie den Green Deal.

DIE WIRTSCHAFT: Was bedeutet klima- und umweltfreundlich zu fliegen? Welche Parameter sind hier relevant?

Kaysser-Pyzalla: Die aktuelle Krise in der Luftfahrt wiegt schwerer als alle Krisen der letzten zwei Dekaden. Sie bietet aber auch die Chance, den Luftfahrtverkehr zu transformieren, klimafreundlicher zu werden mit dem Ziel „zero emission“ in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts. Diese Transformation betrifft das gesamte Luftverkehrssystem, vom Luftfahrzeug über die Flugrouten bis hin zum Betrieb und zur Einbindung von Flughäfen. In allen Bereichen des Luftverkehrssystems gibt es viel Forschungs- und Entwicklungsbedarf und wir arbeiten eng mit unseren Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft zusammen.

DIE WIRTSCHAFT: Wie kann im Luftverkehr z. B. konkret CO2 eingespart werden?

Kaysser-Pyzalla: Bereits heute können wir in allen Bestandteilen des Luftverkehrssystems zur CO2-Einsparung beitragen. Nehmen wir die Luftfahrzeuge: Wir entwickeln neue Antriebssysteme, reduzieren den aerodynamischen Widerstand und das Gewicht. Gleichzeitig können optimierte Flugrouten den Schadstoffausstoß verringern. Die Komplexität des Gesamtsystems Luftverkehr erfordert noch viel Forschung und Entwicklung. Sicherheit hat immer oberste Priorität, darum setzen wir uns auch intensiv mit Fragen der Zulassung und Regulierung auseinander. Und natürlich muss Fliegen bezahlbar bleiben.

DIE WIRTSCHAFT: An welchen alternativen Treibstoffen wird geforscht?

Kaysser-Pyzalla: In den letzten Jahren konnten erhebliche Treibstoffeinsparungen, von bis zu 70 Prozent, durch die Weiterentwicklung der herkömmlichen

Wissenschaftlerin und Führungskraft

Prof. Dr. Anke Kaysser-Pyzalla studierte an der Ruhr-Universität Bochum und der TH Darmstadt Maschinenbau und Mechanik, promovierte und habilitierte an der Ruhr-Universität Bochum. Nach Forschungstätigkeiten am Hahn-Meitner-Institut (HMI) und an der TU Berlin war sie Professorin an der TU Wien. 2005 wechselte sie als wissenschaftliches Mitglied, Direktorin und Geschäftsführerin an das MPI für Eisenforschung GmbH nach Düsseldorf. 2008 folgte die Berufung zur Wissenschaftlichen Geschäftsführerin des Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie GmbH. 2017 wurde sie zur Präsidentin der TU Braunschweig gewählt – bevor der Senat des DLR sie im März 2020 zur neuen Vorstandsvorsitzenden zum 1. Oktober 2020 bestellte.

Triebwerke erreicht werden. Auch für die nächsten Antriebsgenerationen gibt es Konzepte, die Effizienz zu steigern. Bereits heute kommen Mischungen aus synthetischen Kraftstoffen auf Biobasis und Kerosin zum Einsatz. Wir arbeiten an einer weiteren Verringerung der Schadstoffe in synthetischen Kraftstoffen durch gezielte chemische Prozesse. Hohes Potenzial im Bereich der Kurzstrecke haben zudem hybridelektrische Antriebe, für Mittel- und Langstrecke langfristig der Einsatz von Wasserstoff.

DIE WIRTSCHAFT: Wie werden sich Flugzeuge optisch verändern?

Kaysser-Pyzalla: Zukünftige Luftfahrzeuge bieten Chancen für völlig neue Konfigurationen. Es gibt bereits hochinteressante Konzepte wie die sogenannten Nur-Flügler. Neue Antriebsformen werden sich natürlich ebenso auswirken, etwa müssen wir bei der Nutzung von Wasserstoff über die Unterbringung der Tanks völlig neu nachdenken.

DIE WIRTSCHAFT: Welche Auswirkungen hat der Green Deal auf die Sicherheit beim Fliegen?

Kaysser-Pyzalla: Die Sicherheit steht im Luftverkehr immer an erster Stelle. Ohne die vorgeschriebenen Tests und Zulassungsverfahren wird kein neues Flugzeug abheben.

DIE WIRTSCHAFT: Wird klimafreundliches Fliegen für Otto-Normal-Verbraucher überhaupt bezahlbar sein?

Kaysser-Pyzalla: Um die Mobilität für uns alle zu erhalten, brauchen wir technologische Fortschritte, die an vielen Stellen nicht nur evolutionär sein werden, sondern disruptive Entwicklungen erfordern. Insbesondere Verfügbarkeit und Kosten für neue Kraftstoffe werden den Preis des Einzeltickets bestimmen. Viele Entwicklungen werden durch die Fortschritte in der Digitalisierung und Simulation beschleunigt, die dann notwendige Umsetzung in Technologiedemonstratoren wird mit erheblichen Investitionen verbunden sein. Die Frage ist: Wie viel sind wir bereit für einen klimaverträglichen Luftverkehr zu zahlen?

DIE WIRTSCHAFT: Inwieweit werden sich die Forschungsschwerpunkte beim DLR durch den Blick auf nachhaltiges Fliegen verschieben?

Kaysser-Pyzalla: Es geht mehr darum, Schwerpunkte noch intelligenter zu verknüpfen. Viele der wesentlichen Technologieziele haben uns ja bereits vor der Krise beschäftigt: neue Kraftstoffe und Energieträger, neue Antriebssysteme, neue Konfigurationen und neue Formen des Luftraummanagements. Das Spannende an der Forschung ist ja, dass sie nie aufhört.

DIE WIRTSCHAFT: Welche Forschungsprojekte laufen derzeit in Bezug auf den Green Deal?

Kaysser-Pyzalla: Gegenwärtig arbeiten wir unter anderem an der Integration von hybriden und wasserstoffbasierten Antrieben in das Flugzeug. Dafür haben wir vor Kurzem ein neues Forschungsflugzeug übernommen. Auch beteiligen wir uns an der Konzeption einer industriellen Produktionsanlage für klimafreundliche Kraftstoffherstellung auf Basis chemischer Prozesse.

DIE WIRTSCHAFT: Wie ist der Zeitplan für Ihre Amtszeit, d. h., wann werden die ersten klimafreundlichen Maßnahmen in Kraft treten?

Kaysser-Pyzalla: Wir werden unsere Projekte und Missionen kontinuierlich fortführen. Bereits in diesem Jahr wird am Flughafen in Köln ein neues Anflugverfahren zum Einsatz kommen, das die Lärmemissionen beim Anflug reduzieren wird. Und wenn es gelingt, die notwendigen Kapazitäten aufzubauen, wird es in den nächsten Jahren zum Einsatz nachhaltiger Treibstoffe im Linienflugverkehr kommen.

DIE WIRTSCHAFT: Welche Big Player sind für die Umsetzung des Green Deal für das DLR relevant?

Kaysser-Pyzalla: Das DLR kooperiert mit der gesamten Luftverkehrswirtschaft und Luftfahrtindustrie. Eine große Rolle spielen dabei Systemführer wie Airbus oder auch die Lufthansa, natürlich auch die Zulieferer im Mittelstand sowie klein- und mittelständische Unternehmen. Wir arbeiten mit Flughafenbetreibern und Airlines zusammen. Natürlich ist das DLR in Luftfahrtfragen auch Berater und Partner für die Politik und Behörden.

DIE WIRTSCHAFT: Wo sind dem klimaneutralen Fliegen Grenzen gesetzt?

Kaysser-Pyzalla: Die Grenzen werden bestimmt durch die technologischen Möglichkeiten und die neuen Zulassungsverfahren, regulatorische Bedingungen und internationale Abstimmungen. Zudem wird es einige Zeit brauchen, um die aktuell eingesetzten Flotten entsprechend zu verändern bzw. zu erneuern.

DIE WIRTSCHAFT: Wie unterscheiden sich Frauen und Männer in ihrer wissenschaftlichen Arbeitsweise?

Kaysser-Pyzalla: Luft- und Raumfahrt, Energie und Verkehr bieten gerade jetzt mit dem Green Deal viele Herausforderungen und Raum für neue Lösungen. In Wissenschaft und Technik gibt es großartige Perspektiven, die Zukunft der Mobilität zu gestalten. Wir brauchen dazu alle, die Kreativität, Kompetenz und Faszination für Technik und Wissenschaft, eine starke Motivation sowie eine ausgeprägte Teamfähigkeit mitbringen. Frauen und Männer, Menschen mit unterschiedlichem Erfahrungs- und kulturellem Hintergrund.

Astrid Waligura

ⓘ *www.dlr.de*

Flugzeuge werden sich auch optisch verändern

Foto: DLR

Über das DLR

Die Geschichte des DLR als eine der größten ingenieurwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in Europa geht zurück auf das Jahr 1907. Heute forschen rund 10.000 Mitarbeitende in 54 Instituten und Einrichtungen an 30 Standorten in Deutschland in der Luft- und Raumfahrt, Energie und Verkehr sowie Sicherheit und Digitalisierung. Ziel ist, Technologien für eine nachhaltige Zukunft zu entwickeln und den Wissens- und Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken.

DIE UNSICHTBARE GEFAHR

Wie Corona Frauen in alte Rollenbilder zurückdrängt

Foto: DrobotDean – stock.adobe.com

Die Pandemie drängt Frauen in alte Rollenbilder

Die Coronapandemie ist eine besondere Herausforderung für Familien. In dieser schwierigen Zeit tragen laut Studien Frauen dabei die Hauptlast und müssen den Spagat zwischen ihrer eigenen Arbeit, Homeschooling und Haushalt schaffen. Alte, längst verstaubte und vermeintlich ad acta gelegte Rollenbilder gewinnen seit einem Jahr wieder an Aktualität – ein Rückschritt für die Gleichstellungsbemühungen von Frauen nicht nur in Deutschland.

Schwierige Ausgangslage für Frauen

Ein grundlegendes Problem, das es schon vor der Coronakrise gab: Frauen arbeiten häufiger als Männer in Teilzeitberufen oder in Branchen, wo das Durchschnittsgehalt oft nicht sehr hoch ist. Insbesondere in den besonders betroffenen Branchen wie Gastronomie, Tourismus oder Einzelhandel sind deutlich mehr Frauen als Männer beschäftigt. Viele berufstätige Frauen rutschten durch pandemiebedingte Betriebsschließungen in Kurzarbeit oder verloren sogar ihren Job – bei rasant steigenden Infektionszahlen eine neue Anstellung in den stark betroffenen Branchen zu bekommen, ist kaum möglich.

Kanzlerin mahnt zum Weltfrauentag

Frauen sind die Kümmerer in der Gesellschaft. Sie stellen sicher, dass Familien in der Krise zusammenhalten. Sie regeln den Haushalt, helfen beim Lernen, bereiten Mahlzeiten zu und besorgen dafür auch noch die nötigen Dinge im Supermarkt. Studien zeigen, dass Frauen in den eigenen vier Wänden die Hauptlast der Aufgaben übernehmen. Laut einer Bertelsmann-Studie gaben 69 Prozent der befragten Frauen an, die generelle Hausarbeit zu erledigen. Nur elf Prozent der Männer behaupteten, dass sie die generelle Hausarbeit leisten. Ein ähnliches Bild zeichnet eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung. Experten sprechen ob der Ergebnisse von einer „Retraditionalisierung“ bzgl. der Arbeitsteilung innerhalb von Partnerschaften. Die Probleme der Frauen in der Pandemie beschäftigt auch die Parlamentarier in Berlin. Zum Weltfrauentag am 8. März 2021 nahm Bundeskanzlerin Angela Merkel Stellung zu dieser Problematik in ihrem Video-Podcast: „Wir müssen darauf achten, dass die Pandemie nicht dazu führt, dass wir in manch schon überwunden geglaubtes Rollenmuster zurückfallen. So sind es doch vermehrt Frauen, die den Spagat zwischen Homeschooling, Kinderbetreuung und eigenem Beruf meistern.“

Sorgearbeit, die Frauen leisten

Frauen kümmern sich, ob bezahlt oder unbezahlt. Sie leisten den Löwenanteil bei der Sorgearbeit, also Tätigkeiten, bei denen man sich um andere Menschen kümmert. Ob bezahlt für ihre Arbeit in der Pflege und oftmals auch unbezahlt in Form von Überstunden, wenn manche Patienten besondere Fürsorge benötigen oder es an Personal mangelt. Frauen kümmern sich um die Pflege von Angehörigen. Und ebenso die Kinderbetreuung leisten sie. Durch den hohen Frauenanteil in der Gesundheitsbranche und im Sozialwesen wie vor allem in Kitas, sind Frauen auch gefährdeter, an Corona zu erkranken. Bundeskanzlerin Angela Merkel würdigte den unermüdlichen Einsatz von Frauen in sozialen und Pflegeberufen in ihrem Podcast. „Über 75 Prozent der Beschäftigten im Gesundheitsbereich – von ärztlichen Praxen und Krankenhäusern über medizinische Labore bis hin zu Apotheken – sind Frauen. In den Führungspositionen finden sich hier dagegen nur knapp 30 Prozent Frauen. Es kann nicht sein, dass Frauen unsere Gesellschaften maßgeblich tragen und gleichzeitig nicht gleichberechtigt an wichtigen Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft beteiligt sind“, so Merkel. Zudem forderte sie: „Frauen müssen endlich so viel verdienen können wie Männer.“ Von diesem Ziel ist man noch weit entfernt, im Gegenteil. Wie die Studien zur Rolle der Frau in der Coronapandemie zeigen, reduzierten deutlich mehr Frauen als Männer insbesondere wegen der Kinderbetreuung ihre Arbeitszeit, um die Schließungen von Kitas und Schulen zu aufzufangen. Forscherinnen der Hans-Böckler-Stiftung warnen vor langfristigen Gefahren für die Erwerbsverläufe von Frauen. Hierzu heißt es: „Da die ökonomischen Folgen der Krise noch länger spürbar sein werden, könnte eine Rückkehr zur vorherigen Arbeitszeit unter Umständen nicht möglich sein. Somit drohten auf längere Sicht drastische Folgen für das Erwerbseinkommen von Frauen. Die bestehende Lohnlücke zwischen den Geschlechtern dürfte sich dann durch Coronakrise noch weiter vergrößern.“

Christian Esser

In Ihrem Unternehmen ist ein Problem aufgetreten.
Ihre Mitarbeiter beschäftigen sich wöchentlich 38 Minuten mit IT-Problemen am Arbeitsplatz.

Schwache IT-Performance ist teuer: Wenn schlechte Prozesse und defekte, langsame oder veraltete Technik den Workflow an digitalen Arbeitsplätzen beeinträchtigen, kostet das wertvolle Zeit, bares Geld und sorgt für demotivierte Mitarbeiter.
Das muss nicht sein. Wir kümmern uns um Ihre IT und deren Optimierung; um Hard- und Software, ganze Netzwerke, Telefonanlagen, Alarmanlagen und Videoüberwachung oder Ihre Datensicherheit. Von der akuten und strategischen Beratung, über den Vertrieb, bis hin zu Umsetzung und Service. Das klingt gut? Dann sprechen Sie uns an.

smartworx – Brewig & Rocholl GbR
Zum Alten Wasserwerk 9, 51491 Overath

Telefon 02204 586120-18
E-Mail info@smartworx.de
Internet www.smartworx.de

smartworx®
IT-Beratung - Vertrieb - Service

SIE HAT DAS WORT

Eine Kampagne des BVMW in der Region Köln/Rhein-Erft stellt erfolgreiche Unternehmerinnen vor

Foto: Jeanette Dietl – stock.adobe.com

Einfach mal abschalten und zur Ruhe kommen ist für viele Unternehmerinnen ein Statussymbol, das nicht zu kaufen ist

Auf Initiative von Margit Schmitz, Leiterin der Wirtschaftsregion Köln/Rhein-Erft-Kreis des Bundesverbandes der Mittelständischen Wirtschaft (BVMW), ist eine interessante Kampagne entstanden. Unter dem Motto „#SieHatDasWort" sind Unternehmerinnen aus der genannten Region aufgerufen, zu einigen Fragen außerhalb der üblichen Plattitüden Stellung zu beziehen.

So wird also ab sofort jeden zweiten Monat eine neue kontroverse Frage in den virtuellen Raum geworfen und über die Social-Media-Kanäle zur Diskussion gestellt. Unternehmerinnen von der Soloselbstständigen bis zur Führungskraft im mittelständischen Unternehmen sind aufgerufen, ihre Positionen zu formulieren und so der Kampagne ihre Gesichter zu geben. Um das Thema zu vertiefen und noch mehr Aufmerksamkeit zu erzeugen, steht am Ende jeder Aktion ein kurzes digitales Diskussionspanel. „Die Wirtschaft Köln" begleitet die Aktion und wird in den kommenden Ausgaben eine Unternehmerin der Region im Interview vorstellen.

Im Zusammenspiel mit anderen etwas bewirken

Los ging es mit der Frage: „Was ist Ihr Statussymbol als Unternehmerin?"

„Health is the new wealth"

Alexandra L. Evers

„Das Jahr 2020 hat uns gelehrt: Neues Statussymbol sind Gesundheit und Achtsamkeit! Weit vor klassischen Luxusgütern – generationsübergreifend – steht nun Gesundheit, Zeit für mich und Well-Being. Gesundheit ist nicht mehr primär Krankheits-/Gesundungsthematik, sondern Prävention und positives Mindset. Gesundheit ist Lifestylegut und bedeutet heute Reichtum, geprägt von Schopenhauer: „Die Gesundheit ist zwar nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts."

Dipl.-Kauffrau Alexandra L. Evers ist Geschäftsführerin des Naturheilzentrums und amerikanische Chiropraktik WirbelDOC GmbH am Kölner Neumarkt.

„Status durch Persönlichkeit steht jeder Frau gut!"

Karin Leiste

„Dass ich eine Frau und gleichzeitig eine Unternehmerin bin, ist für mich – ehrlicherweise – völlig selbstverständlich! Es ist meines Erachtens die Persönlichkeit, die den größten Einfluss auf den Status ausübt. Hierzu gehören emotionale Intelligenz, Mut, ein gutes Team. Gängige Statussymbole sind mir nicht wichtig, und ein Statussymbol kann auch ganz schlicht sein, dass man/frau auch in schwierigen Situationen stets weitergeht und stolz auf das Erreichte ist."

Karin Leiste ist Geschäftsführerin der macevent GmbH in Köln-Kalk.

Margit Schmitz hat dazu ihre Antwort wie folgt formuliert:

„Ich habe meine Berufung gefunden!“

„Deshalb ist mein liebstes Statussymbol, Teil eines Ganzen zu sein, in dem ich täglich sehen kann, wie sich Dinge zum Besseren verändern. Manchmal bin ich das entscheidende Zahnrädchen, manchmal bewegen mich die anderen. Aber in beiden Fällen fühle ich, dass ich – im Zusammenspiel mit anderen – etwas bewirken kann“,

sagt die Leiterin der BVMW Wirtschaftsregion Köln/Rhein-Erft-Kreis.

Der Ansatz, den die Initiatorin der neuen Fragerunde verfolgt, ist es, bewusst etwas ironische Fragen zu stellen. „Das Thema Statussymbol hat durchaus für ein paar Irritationen gesorgt, ist aber natürlich mit einem Augenzwinkern zu verstehen“, so Margit Schmitz. Des Weiteren meint sie: „Die Zeiten von ‚Mein Auto, mein Haus, meine Jacht‘, mit denen die Sparkasse in einer Werbekampagne aus dem 20. Jahrhundert rein monetär messbare Statussymbole in den Vordergrund stellte, sind ja hoffentlich vorbei.“

Die drei Frauen, die im Monat Februar die besten Statements zum Thema Statussymbole abgegeben haben, waren Alexandra Evers (WirbelDOC), Rahsan Gündug (Licht Cube OHG) sowie Karin Leiste von der Veranstaltungsagentur macevent GmbH. Die Aussagen der drei Unternehmerinnen sind in separaten Kästen auf dieser Seite hervorgehoben. Das große Interview mit Alexandra Evers lesen Sie auf der folgenden Doppelseite.

Zeit nehmen für Gesundheit und Wohlbefinden

Bei Betrachtung sämtlicher Statements wird deutlich, was heute zählt, was die neuen Statussymbole sind. Zeit für sich zu haben, einfach mal abzuschalten – also auch das Handy –, etwas für die Gesundheit und das eigene Wohlbefinden zu tun. Aber auch beim Umgang mit Partnern, Kunden und Mitarbeitern auf ihre Bedürfnisse eingehen, emotionale Intelligenz an den Tag legen und auf diese Weise ein gutes Team an den Start zu bringen.

Und jetzt möchten Sie als erfolgreiche Unternehmerin, die Teil des Netzwerks des Bundesverbands der Mittelständischen Wirtschaft ist, auch zu Wort kommen? Dann melden Sie sich und geben Ihr Statement ab. Frei von der Leber weg, gerne etwas provokant, vielleicht ja auch etwas zum Schmunzeln. Nach dem Thema Statussymbol freuen wir uns nun auf zahlreiche Zuschriften zur Headline „An welcher Stelle kämpfen Sie am stärksten gegen klassische Rollenmodelle?“. Die Deadline für die Zuschriften ist der 15. Mai 2021. Senden Sie zur oben genannten Frage ein repräsentatives Zitat mit maximal 80 Zeichen sowie ein kurzes Statement, das eine Zahl von 450 Zeichen nicht überschreiten sollte, an julia.martyn@bvmw.de. Bitte fügen Sie Ihrer Mail auch ein hochauflösendes Porträt hinzu.

Mit griffigen Statements aufs Podest

Zitat und Statement werden anonymisiert und von einer unabhängigen Jury nach Qualität ausgewählt. Die Jury besteht aus engagierten Mitgliedsunternehmen des Share-Points #Kommunikation. An der Auswahl kann jede interessierte Unternehmerin teilnehmen, für eine Veröffentlichung muss Ihr Unternehmen aber Teil des BVMW-Netzwerks sein. Die Gewinnerinnen mit den drei am besten bewerteten Statements werden in Posts auf LinkedIn, Facebook und Instagram platziert. Außerdem werden sie als Referentinnen für das bereits genannte Diskussionspanel eingeladen. Auf diese Weise werden die Antworten und die Perspektiven dreier Frauen aus Wirtschaft und Politik über die Social-Media-Kanäle des BVMW publiziert.

Außerdem bekommt die Gewinnerin die Möglichkeit, dem Magazin DIE WIRTSCHAFT ein Interview zu geben, um somit Sichtbarkeit und Aufmerksamkeit zu schaffen. Abschließend veranstaltet der BVMW Köln/Rhein-Erft-Kreis zu Beginn des Folgemonats ein kurzes Diskussionspanel, bei dem Margit Schmitz mit den drei Frauen des Monats und zwei weiteren spannenden Unternehmerinnen ins Gespräch kommt. Natürlich können sich auch weitere Teilnehmerinnen in die virtuelle Runde einbringen und sich gemeinsam über die Themen austauschen.

Heribert Eiden

„Mein liebstes Statussymbol ist, für mich freie Zeit zu nehmen und zu genießen.“

Rahsan Gündug

„Um meinen Anforderungen und Aufgaben gerecht werden zu können, nehme ich mir bewusst freie Zeit. Diese Zeit versuche ich so wertvoll wie möglich zu nutzen. Das sieht bei mir so aus, dass das Handy weggelegt wird, ich mich etwas bewege und relaxe, um mich zu erden und zu fokussieren. Denn ich verkaufe nicht nur Designprodukte, sondern Geborgenheit und Wärme für unser Zuhause – was gerade in der aktuellen Situation als Rückzugsort enorm wichtig ist.“

Rahsan Gündug ist Geschäftsführerin der Licht Cube OHG in Köln-Lövenich.

Über den BVMW

Der BVMW vertritt im Rahmen seiner Mittelstandsallianz als „Stimme des Mittelstands“ mehr als 900.000 Mitglieder deutschlandweit. Über 300 Geschäftsstellen im In- und Ausland setzen sich für die im Verband organisierten Unternehmerinnen und Unternehmer ein. Schwerpunkte der Verbandsarbeit sind die Bildung von Netzwerken, die Organisation von Veranstaltungen und die politische Interessenvertretung. Der BVMW ist die größte freiwillig organisierte Kraft des deutschen Mittelstands. In NRW ist der BVMW mit 40 Kreisgeschäftsstellen in den Regionen präsent. In der Wirtschaftsregion Köln/Rhein-Erft-Kreis, die Margit Schmitz leitet, sind 400 Mittelstandsunternehmen Mitglied. Von Dienstleistungsunternehmen, Handwerk bis zum Industriebetrieb bildet der BVMW einen großen Branchenmix ab.

HEALTH IS THE NEW WEALTH

Alexandra Evers von WirbelDOC am Kölner Neumarkt im Gespräch mit DIE WIRTSCHAFT

Foto: WirbelDOC

Gesundheit und Wohlbefinden ist für Alexandra L. Evers das Statussymbol schlechthin

„Was ist Ihr Statussymbol als Unternehmerin?“ Diese Frage stellte der Bundesverband der Mittelständischen Wirtschaft (BVMW) Region Köln/Rhein-Erft-Kreis seinen Mitgliedern – und stieß damit auf breite Resonanz. Das von einer Jury ausgewählte beste Statement lieferte Alexandra Evers. Wir haben mit der Unternehmerin über ihre Motivation gesprochen.

DIE WIRTSCHAFT: Frau Evers, seit wann sind Sie Mitglied im BVMW?

Alexandra Evers: Seit einem Jahr sind wir Mitglied im BVMW, seit Anfang des Jahres habe ich die Leitung des Sharepoints Gesundheit übernommen. Mit diesem Sharepoint möchte ich den Menschen wieder in den Mittelpunkt stellen. Denn seine Gesundheit und sein Wohlbefinden sind nötige Komponenten für wirtschaftlichen Erfolg.

DIE WIRTSCHAFT: Was hat Sie bewogen, dem BVMW beizutreten?

Alexandra Evers: In meinen Augen ist der BVMW ein wichtiger Unterstützer für den Mittelstand in Deutschland und hat mit Margit Schmitz eine Frau an der Spitze der Wirtschaftsregion Köln / Rhein-Erft-Kreis, die mit viel Leidenschaft und Expertise Menschen, Unternehmer und den Mittelstand vernetzt.

DIE WIRTSCHAFT: Sie sind studierte Diplom-Kauffrau, waren als Unternehmensberaterin erfolgreich und sind nun Geschäftsführerin von WirbelDOC, einem Zentrum für Naturheilkunde und Amerikanische Chiropraktik. Was genau macht der WirbelDOC?

Alexandra Evers: Richtig. Ich habe nach meinem Studium als Unternehmensberaterin gearbeitet, bis ich leider an ME/CFS (Myalgische Enzephalomyelitis/Chronic Fatigue Syndrom) erkrankt bin. Diese Erkrankung kann man sich wie eine Dauergrippe vorstellen mit ständigen Schmerzen und multiplen Symptomen, ausgelöst (wahrscheinlich) durch einen Virusinfekt. Leider ist diese Erkrankung nur sehr wenig erforscht. Doch gemeinsam haben alle Erkrankten eine Störung im Energiestoffwechsel, das bedeutet einen starken Energieverlust nach Anstrengung sowie keine Erholung bzw. Regeneration in Ruhephasen bis hin zur Bewegungsunfähigkeit. Diese Erkrankung findet zurzeit etwas mehr Aufmerksamkeit aufgrund von „Long Covid“, da sie ähnliche Symptome aufweisen. So schlimm diese Erkrankung ist, so sehr hoffe ich, dass dadurch mehr Forschungsgelder bewilligt werden und die ca. 250.000 Erkrankten in Deutschland endlich Therapien seitens der Krankenkassen erhalten und bezahlt bekommen.

Vor acht Jahren hat mich dann meine Schwester Miriam Höfel-Evers als Medizin-Ökonomin gefragt, ob ich ihr helfe, eine Praxis für Amerikanische Chiropraktik zu gründen, denn sie war bereits damals überzeugt, dass die Heilung unseres Körpers über die Prävention, Diagnose und Behandlung von Funktionsstörungen des Muskel- und Gelenkapparats geht. Denn die Chiropraktik beschäftigt sich mit der Beziehung zwischen der Biodynamik der Wirbelsäule und dem Nervensystem sowie dem Einfluss des Nervensystems und des Gehirns auf die Funktionen und die Gesundheit des Körpers.

Ich habe meine Schwester bei der Gründung des Unternehmens von Beginn an beraten und bin während der Gründungsphase in das Projekt mit reingerutscht, wurde Inhaberin und Geschäftsführerin. Damit begann auch meine Genesung. Das Therapeutenteam und ich haben international nach immer neuen Studien und Therapieansätzen geforscht und diese Erkenntnisse dann für die Therapien in unserer Praxis adaptiert.

Ein Beispiel: Viele an ME/CFS Erkrankte haben eine instabile HWS (Halswirbelsäule). In den USA lassen sich immer mehr Erkrankte die HWS in einer Operation versteifen. Wir dagegen haben in unserer Praxis ein Jahr lang meine instabile HWS jeden Tag chiropraktisch justiert. Das hat zu einer signifikanten Verbesserung des Energiestoffwechsels geführt. Heute fühle ich mich gesund.

DIE WIRTSCHAFT: Das Thema ist alt, aber immer noch von Belang: Frauen in Führungspositionen. Wo stehen wir da, und wo sollten wir längst sein?

Alexandra Evers: Frauen in Führungspositionen sind wichtig, denn sie bringen einen ganz anderen Blick auf die Dinge mit.

Ein Blick, der für die Zukunft der Unternehmen immer wichtiger wird in einem Zeitalter der Nachhaltigkeit, Resilienz und Achtsamkeit und vor allem eines neuen Gesundheitsbewusstseins.
Unternehmen, die bereits eine ausgeglichene Führungsetage haben, sind die mit dem nötigen Weitblick. Sie sind Unternehmen, die in den Rankings der Mitarbeiterzufriedenheit, der Nachhaltigkeit und der sozialen Gerechtigkeit ganz oben platziert sind und dabei trotzdem oder gerade deswegen wirtschaftlich erfolgreich sind.

DIE WIRTSCHAFT: Ist das Gendersternchen, also dass auch wir Journalisten jetzt zum Beispiel Gärtner*innen schreiben sollten, nicht ein Schritt zurück?

Alexandra Evers: Ich kann die Diskussion nicht ganz verstehen. Die deutsche Sprache enthält nun mal ein generisches Maskulinum, vor allem im Singular. Im Plural hingegen wird das weibliche „sie“ verwendet. Somit ist meiner Meinung nach, ein wunderbarer Ausgleich gegeben.
Doch wahrscheinlich ist diese Diskussion vonnöten, wie alle „Extreme“ vonnöten sind, damit es schlussendlich sich in der Mitte, im Maß, einpendelt. Ich freue mich schon, wenn diese Diskussionen nicht mehr nötig sind und es zur Selbstverständlichkeit geworden ist.

DIE WIRTSCHAFT: Inwieweit ist Ihr Unternehmen von der Coronapandemie betroffen?

Alexandra Evers: Natürlich sind alle von der Corona-Situation betroffen, die einen mehr, die anderen weniger. Deshalb übernehmen wir Verantwortung und sind für unsere Patienten da. Wir haben seit Beginn unsere telefonische Erreichbarkeit auf 24/7 erhöht. So war es uns möglich, Patienten mit akuten Schmerzen jederzeit innerhalb der nächsten 48 Stunden terminlich unterzubringen oder zumindest mit Rat und Hilfe zur Seite zu stehen. Unser Team ist unermüdlich für die Patienten da, und zwar immer mit viel Einfühlvermögen und einem Lächeln auf den Lippen, egal ob wir am Tag mehrmals den kompletten Terminplaner umwerfen müssen oder kreativ in der Handhabe der Patienten sein dürfen.

DIE WIRTSCHAFT: Wie finden Sie die Kampagne #SiehatdasWort?

Alexandra Evers: Ich finde es toll, welche neuen Kampagnen, Formate und Veranstaltungen sich der BVMW im Moment ausdenkt und implementiert. #SiehatDasWort fand ich direkt großartig. Die Möglichkeit, im Netzwerk mal nur mit Frauen ein Thema aus dem Unternehmertum zu diskutieren, ist für mich eine schöne und wertvolle Bereicherung. Die meisten Unternehmer sind ja immer noch eher Männer. Ihre Sicht ist mir wichtig. Doch manchmal freue ich mich einfach, auch mal die geballte Frauenkompetenz zu erhalten. Nur mit beiden Sichtweisen kann ich meinen eigenen Horizont erweitern und Entscheidungen für die Zukunft treffen.

DIE WIRTSCHAFT: Waren Sie überrascht, dass Sie aus dem ersten Pitch als Siegerin hervorgegangen sind?

Alexandra Evers: Ja, das war ich wohl. Doch es freut mich umso mehr, dass mein „Statussymbol“ honoriert wurde: „Health is the new wealth“. Gerade die Gegenwart zeigt uns, wie wichtig Gesundheit ist und dass ohne Gesundheit alles nichts ist. Deshalb ist mein Ziel, Menschen ein größeres Verständnis für ihre eigene Gesundheit zu vermitteln. Wir müssen wieder lernen, auf unseren körpereigenen Instinkt zu vertrauen, Stoffwechselprozesse im Körper zu verstehen (ich bin, was ich esse), Regeneration zu erlernen, weg vom ständigen Leistungsprinzip hin zu einem Leben, welches wieder mit dem natürlichen Biorhythmus und der Natur im Einklang lebt – und dennoch in der Moderne lebt.

DIE WIRTSCHAFT: Sie sitzen direkt am Neumarkt, sind auch Mitglied der IG Neumarkt. Wie zufrieden sind Sie mit Köln, gibt es einen besonderen Aufreger? Was muss besser werden?

Alexandra Evers: Ich bin im Oktober 2020 zur Vorsitzenden der IG Neumarkt e. V. gewählt worden, nachdem ich bereits vier Jahre Vorstandsmitglied und Gründungsmitglied der Bürgerinitiative Zukunft Neumarkt e. V. war. Beide Vereine, die sehr eng zusammenarbeiten, haben sich zum Ziel gesetzt, den Neumarkt wieder zu dem zu machen, was er sein sollte: das Tor zum Herzen der Stadt. Ein Tor, welches leider von der Stadt in den letzten Jahren völlig vernachlässigt wurde. Ziel sollte vielmehr sein, einen l(i)ebenswerten Platz bzw. ein Viertel zu schaffen, welches ein Miteinander von Einkaufsmeile, Geschäften, Praxen und Unternehmen sowie von Anwohnern, Eigentümern, Reisenden und Pendlern, Schülern und Studenten, Kirchengemeinde und sozialen Projekten in Einklang bringt. Der Neumarkt sollte zum Aushängeschild der Stadt werden und nicht als trauriges Negativbeispiel dienen.

Heribert Eiden

Foto: WirbelDOC

Die WirbelDOC-Geschäftsführerinnen Alexandra L. Evers (li) und Miriam Höfel-Evers

Foto: Christian Walenzyk

Der Z PLUS M-Digitalexperte, Olaf Ziegs, berät einen Kunden im gemeinsamen Workshop bei der richtigen digitalen Strategie

GUT BERATEN DIE DIGITALISIERUNG MEISTERN

Mit einem starken Partner zum digitalisierten Unternehmen transformieren

Die bunte Welt des Marketings wird für den Mittelstand immer komplizierter. Durch die diversen Möglichkeiten im digitalen Bereich (Webseiten, Plattformen, Apps, Social Media, SEA, SEO etc.) sind viele Unternehmen komplett überfordert. Die wenigsten wissen genau, wie sie ihre Zielgruppe digital noch am besten erreichen und welche Wege dafür die erfolgreichsten sein können.

Am Anfang steht meist ein großes Fragezeichen oder es kommt mindestens eines dieser Probleme auf: „Welche digitalen Medien müssen wir jetzt nutzen?“, „Wo sind unsere Bestandskunden geblieben?“, „Warum gewinnen wir so wenig neue Projekte?“, „Unser Marketing hat doch bisher immer so funktioniert!“ Dies sind typische Unsicherheiten, die auftreten, wenn ein Unternehmen auf dem Weg in die digitale Welt abgehängt wird oder wurde. Diese Probleme sind aber lösbar! Einige wenige Spezialagenturen konzentrieren sich auf die Beratung bzw. die digitale Transformation des Marketings von Unternehmen aus dem Mittelstand. Eine Agentur aus diesem Bereich stellen wir heute vor. Z PLUS M DIE MARKETING AGENTUR – Die Berater und Begleiter des Mittelstandes auf dem Weg in das digitalisierte Marketing.

Mal eben einen Mitarbeiter oder eine beliebige Agentur beauftragen, um ein paar Bilder am Webauftritt auszutauschen oder schnell Google-Ads-Kampagnen und Social-Media-Profile anlegen, um die potenziellen Neukunden weiterhin zu erreichen? Auf diese Weise lässt sich Marketing in einem professionellen Unternehmen nicht erfolgreich durchführen! Es geht um wesentlich mehr als schnell kreierte Vertriebsunterlagen oder das Einrichten von Konten und Kampagnen auf verschiedenen Plattformen. Oftmals sind die Probleme vielschichtig und es ist nicht eindeutig zu erkennen, woran es eigentlich liegt – der Blick von außen fehlt. Schnell sind bei diesen Vorgehensweisen viel Geld und Zeit zum Fenster hinausgeworfen worden. Dann ist es Zeit für eine Marketingberatung mit digitaler Kompetenz, langjähriger Erfahrung und fundiertem Know-how.

Mit Strategie und Konzept zum Ziel

Eine mögliche und empfehlenswerte Lösung, um aus diesem Dschungel der Un-

sicherheiten einen Ausweg gezeigt zu bekommen, ist die Kölner Marketing Agentur Z PLUS M. Die Zauberworte sind hier: Strategie und Konzept. Mit bereits 30 Jahren Erfahrung im Mittelstand ist diese Agentur ein erfahrener und professioneller Partner für die Zukunftsgestaltung von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU).

Unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden und Past President der Familienunternehmer in der Metropolregion Köln Bonn, Olaf Ziegs, ist ein starkes Marketingteam aus erfahrenen Marketeers und Digital Natives entstanden. Wer seine Agentur beauftragt, erhält professionelle digitale Marketingberatung, die individuell auf die Unternehmen oder deren Produkt und Dienstleistung zugeschnitten ist. Die Agentur zählt zu den absoluten Spezialisten im Bereich der KMUs und verfügt über langjährige Expertisen in diversen Branchen. Ein Schwerpunkt liegt dabei in der Medizintechnik.

Die Agentur kümmert sich sowohl um den Aufbau des Marketings junger Unternehmen als auch die Weiterentwicklung dessen bei etablierten Unternehmen. Die Grundlagen für die Zusammenarbeit werden in gemeinsam durchgeführten Workshops erarbeitet. Mit den Ergebnissen werden die Strategien und Konzepte entwickelt, aus denen anschließend die Marketingmaßnahmen für den erfolgreichen Start/Neustart abgeleitet werden. Der final erstellte Marketingplan zeigt genau auf, wie ein Unternehmen vorgehen muss, um seine gesteckten Ziele zu erreichen. Dabei können die Kunden auch über die Beratung hinaus im Prozess unterstützt werden. Bei Bedarf kann die Umsetzung der Maßnahmen bei Z PLUS M durchgeführt werden.

Kosten amortisieren sich schnell

Am Ende der Prozesse darf ein effektives Controlling natürlich nicht fehlen, damit schnellstens auf jede Veränderung reagiert werden kann und stets die Ziele im Fokus bleiben. So macht Z PLUS M Mittelständler (wieder) erfolgreich und stellt sie für das digitale Zeitalter sehr gut auf. Die Kosten für die Marketingberatung amortisieren sich in der Regel relativ schnell durch die optimale Strategie im individuell erarbeiteten Marketingkonzept.

Gemäß der eigenen Corporate Identity lassen sich bei der Kölner Agentur auch Ideen zu den Themen Logodesign, Illustrationen, Verpackungsdesign oder Branddesign (Briefpapier, Visitenkarten, Präsentationsmaterialien etc.) umsetzen.

Um digital gut aufgestellt zu sein, bietet Z PLUS M seinen Kunden natürlich auch professionelle und suchmaschinenoptimierte Webseiten bis hin zu kompletten Plattformen in jeder Größenordnung und Preisklasse. Die Kraft von richtig optimierten Google Ads sollte niemand unterschätzen. Sind die Kampagnen allerdings falsch eingestellt, wird unnötig viel Geld verbraucht, ohne Neukunden zu generieren und Bestandskunden zu weiteren Umsätzen zu animieren.

Tipp: Den Kunden ein ganz besonderes Highlight bieten? Durch einen digitalen Messestand oder Showroom ermöglicht man den Kunden etwas ganz Besonderes und macht seine Marke erlebbar. Es ist wichtig, in den Köpfen seiner Kunden zu bleiben und gleichzeitig den Schritt in die Digitalisierung zu gehen! Beides geht oft miteinander einher.

Staatliche Zuschüsse

Es gibt viele neue Wege in der Digitalisierung für den Mittelstand und diese können sogar vom Staat gefördert werden. Gerade in der aktuellen Zeit der digitalen Transformation vieler Prozesse ist es wichtiger denn je, sein Unternehmen digital gut aufzustellen. Nur so können alle modernen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um den Arbeitsalltag in den Unternehmen zu vereinfachen, aber auch um die Kunden über verschiedene digitale Kanäle besser zu erreichen. Hierbei kann es sinnvoll sein, eine von vielen Förderungsmöglichkeiten des Staates für digitale Projekte zu nutzen. Abhängig von der Größe des Unternehmens und dem Projektvorhaben gibt es für jedes Unternehmen das passende Förderprogramm. Z PLUS M berät hier über die verschiedenen Programme, die Projektmöglichkeiten und Fördersummen. Im Anschluss, nach der Bewilligung durch die Förderinstitution, unterstützen die Berater natürlich auch bei der Umsetzung des Vorhabens. Besonders aktuell sind diese Digitalförderungen sehr gefragt. Die relevantesten Förderungen für viele Unternehmen sind dabei „Go Digital“ und „Digital jetzt“ sowie sehr aktuell die neue Digitalisierungsförderung im Hilfspaket der „Überbrückungshilfe III“. Bei diesen Programmen können Unternehmen mit Unterstützung von 30 Prozent bis zu 70 Prozent der Projektsummen auf dem Weg in die Digitalisierung einen großen Schritt nach vorne machen!

Mögliche Projekte können Online-Plattformen, Online-Shops oder deren Optimierung, Webseiten, Apps oder allgemein die Optimierung des digitalen Marketings sein. Es gibt hier also viele Möglichkeiten, dies wissen nur zu wenige Unternehmen!

Weitere Informationen unter:
www.zplusm.de, mail@zplusm.de
Tel.: 0221 50294640

Foto: Z PLUS M

NICHT SICHER, NICHT SAUBER

Unternehmen unzufrieden mit öffentlichem Raum

Foto: Alex Weis

Kölner Unternehmen bemängeln schlechte Sauberkeit in der City

Mangelnde Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum sind nach Ansicht vieler Unternehmen in Köln große Probleme. Eine neue aktuelle Umfrage der IHK Köln zu Standortfaktoren der Domstadt unter 700 Unternehmen aus der Region hat dies gezeigt.

„Die Umfrage zeigt, dass es nur an wenigen Orten Verbesserungen gegeben hat. An vielen Orten in der Stadt ist die Situation sogar noch deutlich schlimmer geworden, etwa am Neumarkt“, sagt Dr. Ulrich S. Soénius, Geschäftsbereichsleiter Standortpolitik der IHK Köln. Die aktuelle Umfrage der IHK Köln zu Standortfaktoren bestätigt die Ergebnisse einer Umfrage von 2012, obwohl die erhobenen Einzelwerte aufgrund methodischer Unterschiede nicht direkt miteinander vergleichbar sind. Von den befragten Unternehmen benannte fast die Hälfte Verunreinigungen durch Müll als Problem. 29 Prozent monierten Verschmutzungen von Pflaster und Gehwegen. Je ein Viertel der Befragten beklagte ungepflegte Grün- und Freiflächen sowie wildes Urinieren. Zudem wurden die Unternehmen zur Sauberkeitslage in ihrem Umfeld befragt und wie sich diese innerhalb der vergangenen fünf Jahre verändert habe. 40 Prozent der Befragten gaben eine Verschlechterung der Lage an. 30 Prozent gaben an, dass sich die Sauberkeitslage in den letzten Jahren nicht verändert hat. Lediglich 24 Prozent der von der IHK befragten Unternehmen aus Köln gaben an, dass sie ihr Unternehmensumfeld als attraktiv oder eher attraktiv bewerten.

Probleme im öffentlichen Raum

Die Unternehmen wurden von der IHK Köln auch zur Sicherheitslage befragt. 30 Prozent der Befragten empfinden die Sicherheitslage schlechter als noch vor fünf Jahren. 40 Prozent gaben an, dass sich die Lage nicht verändert habe. Die Unternehmen gaben als größte Sicherheitsprobleme Vandalismus, Verkehr, eine offene Drogenszene, alkoholisierte Gruppen sowie aggressives Betteln an. Mit den Entwicklungen der Kriminalstatistiken in Köln decken sich die Umfragewerte der IHK nicht. In der aktuellen Kriminalstatistik von 2020 gab es eine Abnahme bei den Gesamtstraftaten. Insbesondere Delikte im öffentlichen Raum wie Taschendiebstahldelikte nahmen im Vergleich zum Vorjahreswert deutlich ab.

Größte Probleme rund um den Neumarkt

Im Rahmen der IHK-Umfrage sahen rund 46 Prozent der befragten Unternehmen eine fehlende Verantwortung für den öffentlichen Raum, zudem beklagten 39 Prozent mangelnde Kontrollen durch die Stadt, 32 Prozent sehen städtebauliche Mängel und 23 Prozent beanstanden mangelnde Reinigung. „Sicherheit und Sauberkeit sind wichtige Standortfaktoren für die Unternehmen in der Stadt, gerade für den Einzelhandel, der in weiten Teilen auch noch durch die Pandemie-Folgen schwer getroffen ist. Politik und Verwaltung müssen hier endlich konsequenter handeln“, sagt Soénius. Noch im Dezember 2020 hatte die Vollversammlung der IHK Köln drei Forderungen zur Situation am Kölner Neumarkt verabschiedet. Unter anderem wurden eine höhere Präsenz des Ordnungsamtes und der Polizei sowie ein schlüssiges Gesamtkonzept der Politik bis Ende des ersten Quartals 2021 gefordert. Unternehmen rund um den Neumarkt leiden laut IHK seit Jahren unter teils unzumutbaren Zuständen durch hohe Kriminalität und die dort ansässige Drogenszene. „Für eine dauerhafte Lösung müssen die Anliegen der Unternehmen ernst genommen werden. Hier geht es um einen zentralen Platz, der eine Visitenkarte für unsere Stadt ist. Wir bieten an, dass sich neben den betroffenen Mitgliedsunternehmen auch die IHK an der Erarbeitung der Konzepte und der Begleitung der Umsetzung beteiligt“, hatte die Präsidentin der IHK Köln, Nicole Grünewald, im Dezember gefordert.

Passend zur IHK-Umfrage wurde die Broschüre mit Tipps zur Sicherheit und Sauberkeit für Unternehmen neu aufgelegt. Die Publikation ist auf der Website der IHK Köln www.ihk-koeln.de unter der Dokumenten-Nummer 90098 abrufbar.

Christian Esser

GEWERBEFLÄCHEN „STAPELN“

IHK-Studie zeigt Potenzial für Expansion in die Höhe

Foto: embeki- stock.adobe.com

Autos zu stapeln ist bereits weit verbreitet, bei Gewerbeflächen gibt es noch Potential

In Köln und in den umliegenden Regionen gibt es kaum noch freie Flächen für Gewerbe und Industrie. Oft sehen sich Betriebe fehlenden Erweiterungsmöglichkeiten gegenüber oder müssen lange Vorlaufzeiten für Planänderungen in Kauf nehmen. Eine Alternative: Gewerbeflächen „stapeln“.

Die Idee, dass Betriebe in die Höhe expandieren, ist nicht neu. Bereits im 19. Jahrhundert wuchsen die damals starken Textilfabriken in der Region rund um Köln oftmals in die Höhe. Die Textilfabriken aus dieser Zeit gibt es zwar nicht mehr, die Problemstellung für Unternehmen, wie und wo sie expandieren können, ist aber weiter aktuell. Die IHK Köln hat deshalb eine Studie in Auftrag gegeben, die das Potenzial der Idee, Gewerbeflächen zu stapeln, für das 21. Jahrhundert auslotet. Dafür betrachtet die Studie unter anderem die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Expansion in die Höhe und stellt Best-Practice-Beispiele vor. „Bislang berichten Unternehmen, die entsprechende Pläne verfolgen, häufig von Verzögerungen und schwierigen Genehmigungsverfahren. Die Studie soll Denkanstöße geben und Unternehmen wie auch den Entscheidungsträgern in Kommunen eine Hilfestellung bei künftigen Planungen bieten“, sagt Dr. Ulrich S. Soénius, Geschäftsführer Standort-politik der IHK Köln. Oft sei das Konzept zwar mit höheren Kosten verbunden, könne auch das Problem des Flächenmangels nicht beheben, biete aber an manchen Orten die Chance für Unternehmen, um dringend benötigten Platz zu schaffen.

Kaum Beispiele aus Deutschland

Doch diese Chancen werden in Deutschland bisher kaum ergriffen. Beispiele, wo Betriebe in die Höhe gewachsen sind, gibt es bisher kaum. Diese Option kommt für Unternehmen bisher nur in Betracht, wenn sonst kein anderer Ausweg mehr zur Verfügung steht. Ein regionales Beispiel, bei dem ein Produktionsbetrieb in die Höhe expandierte, ist das „Sprinter-Werk“ von Mercedes in Düsseldorf. Die Produktionsstätte ist zwischen Innenstadt, umliegenden Wohnvierteln, Flughafen und Bahntrasse in seiner Grundstücksfläche begrenzt. Für eine weitere Expansion müsste es weiter in die Höhe gehen. Schon heute wird der Rohbau der Karosserie auf zwei Geschossen durchgeführt, ebenso ist es mit der Lackierung. Die Montage ist teilweise sogar auf drei Stockwerke verteilt. Die Vorteile: Die Konzentration bietet eine „Überschaubarkeit“ und kurze Wege. Die Studie stellt zudem Konzepte in Innenstädte vor, bei denen sich mehrere kleine und mittlere Handwerksbetriebe eine Immobilie auf mehreren Geschossen teilen, wie die Münchener Gewerbehöfe. Noch seltener findet man in Deutschland innovative mehrgeschossige Logistikimmobilien, die bislang besonders in Asien verbreitet sind. In Hamburg entsteht aktuell die erste Gewerbe- und Logistikimmobilie, bei der Lkws mit bis 45 Tonnen Gewicht über eine Zufahrts- und Abfahrtsrampe auch eine zweite, über dem Erdgeschoss liegende Ebene anfahren können. Ein ähnliches Konzept wird derzeit in München für ein Amazon-Lager umgesetzt. Deutlich verbreiteter ist die vertikale Anordnung von Parkplätzen in Deutschland. Das erste Parkhaus gab es bereits 1924 in Essen. Für Unternehmen kann die vertikale Anordnung von Parkplätzen rund um die Produktionsstätten sinnvoll sein. So können Freiflächen für weitere Produktionsgebäude geschaffen werden. Die Baukosten für Parkhäuser sind aber deutlich höher als ebenerdige Parkmöglichkeiten. Auch hierauf nimmt die Studie Bezug. „Gerade im Hinblick auf größere industriell produzierende Betriebe ist die vertikale Expansion bislang ein aus der Not geborenes Konstrukt. Die Unternehmen reagieren darauf, dass ihnen keine neue Baufläche mehr zur Verfügung steht. Dies zeigt, dass hier bislang kaum eine konzeptionelle und planerische Auseinandersetzung erfolgt. Notwendige Kenntnisse für den mehrgeschossigen Bau oder Ausbau liegen den Unternehmen und deren Beratern im Rahmen der Planungs- und Bauphase häufig nicht vor. So werden Anforderungen der mehrgeschossigen Bauweise vielfach erst erkannt, wenn sie bereits zu Verzögerungen, Problemen und höheren Kosten geführt haben“, schreiben die Autoren der Studie in ihrem Fazit.

Christian Esser

NEVER-ENDING LOCKDOWN

Verlängerung der Maßnahmen, Chaos um Ruhetage

Ausgestorbene Shopping-Meile in Köln - Notbremse gezogen, Einzelhandel geschlossen

Foto: marcjohn.de - stock.adobe.com | Illustration: Re Gara - stock.adobe.com

Stundenlange Verhandlungen und am Ende eine Lockdown-Verlängerung – dies wäre eine schnelle Zusammenfassung der Bund-Länder-Gespräche im März. Besonders diesmal war aber, dass die beschlossenen „Ruhetage“ zu Ostern schon am Folgetag wieder gekippt wurden.

„Wir sind in der dritten Welle. Die Lage ist ernst“, mahnte Bundeskanzlerin Angela Merkel. Bund und Länder einigten sich darauf, die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie bis zum 18. April zu verlängern, der Lockdown geht weiter. Für private Treffen gilt: Es sind maximal fünf Personen aus zwei Haushalten möglich, Kinder bis 14 Jahre werden nicht mitgezählt. Die davor bereits beschlossene „Notbremse“ müsse konsequent durchgesetzt werden. Übersteigt die 7-Tage-Inzidenz in einem Landkreis die Marke von 100, müssen vorherige Lockerungen zurückgenommen werden. Es hagelte massive Kritik an den Beschlüssen der Konferenz der Länderchefs mit Kanzlerin Merkel. Die geplanten Regelungen, die dann wieder zurückgenommen werden mussten, bezeichnete Merkel als „einzig und allein mein Fehler“. Die Bund-Länder-Runde hatte sich bei ihren Gesprächen auf zwei zusätzliche Ruhetage um Ostern geeinigt. Der Gründonnerstag und Karsamstag waren von der Bundesregierung als zusätzliche „Ruhetage“ vorgesehen, um über die Ostertage die Ansteckungen mit Corona möglichst stark zu reduzieren. Diese Idee hielt nur einen Tag, sorgte aber für großen Rummel. Die Präsidentin der IHK-Köln, Dr. Nicole Grünewald, berichtet: „Nach der nächtlichen Entscheidung der Bund-Länder-Konferenz zu den ‚Ruhetagen‘ gab es eine richtige Mailflut bei uns in der IHK – und unsere Telefone standen nicht mehr still. Niemand wusste, welche Regelungen für die ‚Osterruhe‘ gelten sollten, und unsere Unternehmen waren dadurch mit zahlreichen Problemen konfrontiert. Daher ist es gut, dass die Entscheidung nun zurückgenommen wurde. Wir geben Armin Laschet recht, der heute im Landtag gesagt hat: ‚Es kann so nicht weitergehen.‘ Klar ist: Alle Anstrengungen müssen nun unternommen werden, um mehr Impfstoff zu besorgen, und wir brauchen eine effiziente Impfstrategie. Bis das der Fall ist, müssen wir uns mit Tests und Hygienekonzepten behelfen – und unsere Unternehmen machen hier alles möglich, was geht!“ Doch sind auch die Tests nicht ausreichend verfügbar. Grünewald berichtet: „Sehr viele Unternehmen würden auch ihre Mitarbeitenden gerne testen – bekommen aber keine Tests und sehen sich mit unklaren Dokumentationspflichten konfrontiert. Statt neuer bürokratischer Hürden müssen jetzt neue Hilfen beschlossen werden, die zeitnah abrufbar sind, beispielsweise eine Überbrückungshilfe 4. Generell sind unsere Unternehmen da, um wirtschaften zu können, um selbst Umsätze zu machen, ihre Mitarbeitenden zu beschäftigen und Steuern zu zahlen – und nicht umgekehrt! Das wieder zu ermöglichen, ist unsere Kernforderung an die Politik.“ Lob für die Verlängerung des Lockdowns kommt von der Deutschen Gesellschaft für Internistische Intensivmedizin und Notfallmedizin e. V. (DGIIN). Eine schnelle Wirkung der verschärften Maßnahmen

wird nach Ansicht der Mediziner allerdings nicht eintreten. „Wir werden zwar aufgrund der Latenzzeit der Erkrankungen in den kommenden Tagen einen weiteren Anstieg der Belegungszahlen der Intensivstation mit COVID-19-Patienten sehen, dieser wird aber trotz aller bisherigen Belastung kompensierbar sein“, sagt Professor Dr. med. Christian Karagiannidis, Präsident der DGIIN. Der Verein fordert die Anwendung einer „erweiterten Teststrategie, insbesondere in den Schulen, und eine Beschleunigung des Impftempos unter Einbeziehung der Hausärzte“. Dies sei „eine der wichtigsten Maßnahmen der Bundesregierung und Ministerpräsidenten in der B.1.1.7-Pandemie, die eine neue Qualität in der Verbreitung und Schwere der Erkrankung darstellt“, so Karagiannidis. Für den Mediziner Prof. Dr. med. Uwe Janssens, Generalsekretär der DGIIN, ist klar: „Impfen, impfen, impfen – das ist das Gebot der Stunde. Auch wenn die Impfdosen der drei in Deutschland zu Verfügung stehenden Präparate aktuell nicht in ausreichender Menge zur Verfügung stehen, ist die gute Nachricht, dass der Impfstoff der Firma AstraZeneca wieder freigegeben wurde. Hier gilt es, auf die sehr seltene Nebenwirkung einer Hirnvenenthrombose zu achten und entsprechende Symptome rasch weiter abzuklären.“ Die Situation auf den Intensivstationen in Deutschland sei weiterhin angespannt. „Das Personal ist extrem müde und an seiner Belastungsgrenze angekommen“, berichtet Matthias Kochanek, President-Elect der GDIIN, und mahnt: „Neben den beschlossenen Maßnahmen kommt es jetzt einmal mehr auf die Vernunft des Einzelnen an.“

Mittelständische Wirtschaft gefrustet

Während die Gesundheitsbranche die über Ostern verlängerten Maßnahmen unterstützt, hagelte es Kritik vonseiten vieler Wirtschaftsverbände. Nachdem im Januar und Februar die Inzidenzwerte gesunken war und der bundesweite Inzidenzwert auf unter 60 Neuinfektionen je 100.000 Einwohner gefallen war, rechneten Branchen wie der Einzelhandel mit Öffnungsperspektiven – vor allem, nachdem zum 1. März Friseure wieder öffnen durften. Die Ernüchterung über zuletzt rasant steigende Inzidenzwerte und die Verlängerung des Lockdowns bis Mitte April ist groß. Der NRW-Landesgeschäftsführer Herbert Schulte vom Bundesverband mittelständische Wirtschaft sagte zu den Bund-Länder-Beschlüssen: „Das Hin und Her der ewigen Lockdowns hat schwerste ökonomische Schäden verursacht, so kann und so darf es nicht weitergehen. Es ist höchste Zeit, die wirtschaftlichen und sozialen Kosten dieser verheerenden Politik in die Gesamtbetrachtung des Kampfs gegen Corona einzubeziehen. Die einseitige Fixierung auf Inzidenzwerte muss ersetzt werden durch eine Teststrategie, die es Schulen, Einzelhandel und Gastronomie erlaubt, im kontrollierten Betriebsmodus fortzufahren. Die Politik hat Monate ins Land streichen lassen und ist auch mit ihrem zentralistischen Impfkonzept zum Schaden der Menschen krachend gescheitert. Wir erwarten von der NRW-Landesregierung einen bundesweiten Vorstoß zu einer intelligenteren Strategie im Kampf gegen die Pandemie, die endlich Arztpraxen und Betriebsärzte in die Distribution der Vakzine einbindet. Es ist unerklärlich, weshalb die Politik nicht von Beginn an auf die Erfahrung der Praxen gesetzt hat, die Jahr für Jahr in wenigen Wochen Millionen Impfungen verabreichen.“

Die Nerven liegen bei Gastronomen und Hoteliers blank. Seit Monaten müssen sie schließen, erarbeitete Hygienekonzepte können nicht angewendet werden. Andrea Belegante, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Systemgastronomie e. V. (BdS), fordert von der Politik einen Strategiewechsel: „Vor einem Jahr wurde das Land in den ersten Lockdown geschickt, und seit einem Jahr haben sich die Instrumente der Bundesregierung nicht angepasst, geschweige denn verbessert. Es wird weiter nur mit einem krampfhaft sturen Festhalten am Inzidenzwert reagiert. Hier muss endlich ein Strategiewechsel erfolgen. Ergänzende Kennzahlen wie beispielsweise die Impfrate und Testmöglichkeiten sowie technische Lösungen wie Apps müssen ebenfalls einbezogen werden.“ Gastronomiebetriebe mussten auch über Ostern weiterhin geschlossen bleiben. „Rücklagen, die Kraft der mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmer sowie das Verständnis sind aufgezehrt. Es geht nicht mehr und kann so auch nicht weitergehen. Hier stehen unternehmerische Existenzen vor dem Aus und Hunderttausende Arbeitsplätze auf dem Spiel“, so Belegante.

Die Situation im Handwerk ist ebenfalls brisant. Hans Peter Wollseifer, Präsident der Handwerkskammer zu Köln, fordert: „Unsere Handwerkerinnen und Handwerker sollten endlich wieder umfänglich ihrer Arbeit nachgehen können und nicht ständig Angst haben müssen, aktualisierte Verordnungen zu verpassen. Wenn die Stadt Köln zum Beispiel eine Corona-Testpflicht für körpernahe Dienstleistungen beschließt, muss Friseur- und Kosmetiksalons doch zumindest der Hauch einer Chance gegeben werden, Kundinnen und Kunden über die Neuregelung zu informieren, damit diese ihre Termine im Anschluss ordnungsgemäß wahrnehmen können. Wenn in Nordrhein-Westfalen innerhalb von Stunden verschiedene Regelungen für Handwerksbetriebe mit Geschäftslokalen und angeschlossenem Handel gelten, müssen Handwerkerinnen und Handwerkern wenigstens so zeitnah benachrichtigt werden, dass sie entsprechend handeln können.“

Christian Esser

Illustration: jiris – stock.adobe.com | Re Gara – stock.adobe.com

Ein schneller Weg aus dem Lockdown scheint schwer zu finden.

COVID-TESTS IM BETRIEB

Zwischen Selbstverpflichtung und Lieferengpass

Foto: labor11-stock.adobe.com | Illustration: Re Gara – stock.adobe.com

Immer mehr Unternehmen testen ihre Mitarbeiter auf das Corona-Virus

Neben der Impfkampagne sind Tests ein weiterer wichtiger Baustein zur Eindämmung der Coronapandemie in Deutschland. Unternehmen sollen für ihre Mitarbeiter regelmäßige Testmöglichkeiten schaffen. Bund und Länder setzen auf Freiwilligkeit. Die Bereitschaft der Wirtschaft ist hoch. Die Verfügbarkeit von Tests ist allerdings noch gering.

Welche Testmöglichkeiten vorhanden sind

Bislang sind in Deutschland drei Testvarianten verbreitet. Insbesondere zu Beginn der Pandemie in Deutschland wurden vor allem sogenannte PCR-Tests (polymerase chain reaction) durchgeführt und werden es immer noch. Diese Tests geben verlässliche Informationen darüber, ob das Coronavirus im Körper vorhanden ist. Anders als bei anderen Testverfahren gibt der PCR-Test auch Aufschluss über die Viruskonzentration des Patienten. Der PCR-Test kann per Abstrich oder als Gurgeltest vorgenommen werden. Immer stärker im Umlauf sind Antigentests bzw. Schnelltests. Diese werden in Apotheken oder auch bei Discountern verkauft. Der Abstrich aus Mund und Nase wird selbst durchgeführt und auf einen Teststreifen gegeben. Das Ergebnis liegt schnell vor. Eine Laboruntersuchung der Probe ist nicht nötig. Über einen verfärbten Streifen wird das Testergebnis angezeigt. Diese Tests sollen insbesondere im Schulwesen und in der Wirtschaft verstärkt zum Einsatz kommen. Allerdings mangelt es hierbei häufig noch an der mangelnden Verfügbarkeit. Seit einigen Monaten werden mithilfe von Schnelltests Besuchsmöglichkeiten in Alten- und Pflegeheimen geschaffen, sofern es die geltenden Corona-Regelungen zulassen. Schnelltests sind im Vergleich zu PCR-Tests aber nicht so genau. Eine weitere Testmöglichkeit sind die sogenannten Antikörpertests. Mit diesem Testverfahren kann ermittelt werden, ob man bereits an Corona erkrankt war. Antikörper, die gegen den Erreger gebildet wurden, können so nachgewiesen werden. Hierzu ist eine Blutuntersuchung notwendig.

Hohe Bereitschaft der Wirtschaft

Eine Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer aus dem März 2021 zeigt, dass viele Unternehmen eine hohe Testbereitschaft zeigen. Demnach testete bereits die Hälfte der Unternehmen in Deutschland ihre Mitarbeiter im Betrieb oder plant, es in Kürze zu tun. 8.000 Betriebe nahmen an der Umfrage teil. Demnach testeten bereits 19 Prozent aller an der Umfrage teilnehmenden Betriebe ihre Belegschaft auf das Coronavirus. 28 Prozent gaben an, dass sie in Kürze mit Tests im Betrieb starten möchten. Insbesondere große Unternehmen mit 1.000 oder mehr Angestellten testen bereits regelmäßig ihre Mitarbeiter. Etwa 40 Prozent der Betriebe sind es bereits, weitere gut 40 Prozent wollen in Kürze starten. Je kleiner die Betriebe werden, desto geringer ist hier das Testangebot. Bei Kleinstbetrieben bis drei Angestellte bieten erst etwa 10 Prozent Testmöglichkeiten an. „Seit die Politik Schnelltests zugelassen hat, steht bei uns das Telefon nicht still. Trotz akuter Lieferengpässe haben wir Selbsttests vorrätig und können liefern. Der Selbsttest dient als Anhaltspunkt für den gesundheitlichen Zustand des Anwenders. Das Ergebnis kann nach einigen Stunden allerdings überholt sein. Sinnvoll, wenn Testungen sehr regelmäßig erfolgen können“, erklärt Dr. Anke Müller-Peters, Geschäftsführerin der in Hürth ansässigen SMARTmed-Test GmbH. Viele Branchen und Betriebe schaffen für ihre Mitarbeiter hingegen bisher keine Testmöglichkeiten. Dazu gehören viele Branchen, die komplett ins Homeoffice gewechselt sind oder von Zwangsschließungen betroffen sind. Problematisch für die Unternehmen bzgl. der Tests sind Beschaffungsprobleme durch ausbleibende Lieferungen. 43 Prozent der Umfrageteilnehmer gaben dies an. 39 Prozent bemängelten zudem fehlende Informationen zum Umgang mit Tests in den Betrieben. Ein Viertel der Befragten gab an, über kein passendes Schulungskonzept für die betriebsinterne Durchführung zu verfügen.

Keine rechtliche Verpflichtung

Basierend auf den Ergebnissen der Gespräche zwischen Bund und Ländern werden Unternehmen weiterhin nicht rechtlich dazu verpflichtet, für ihre Mitarbeiter kostenlose Testmöglichkeiten auf das Coronavirus zu schaffen. Die Teilnehmer der Bund-Länder-Runde verwiesen auf die Selbstverpflichtung der Wirtschaft und auf die bestehende SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung. In einem gemeinsamen Aufruf hatten am 9. März 2021 die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK), die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber (BDA), der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) und der Bundesverband der Deutschen Industrie eine gemeinsame Erklärung abgegeben. Darin hieß es: „Vermehrte Tests sind eine wirksame Brücke, die mindestens bis Juni notwendig sein wird. Wir wollen in dieser Zeit unsere gesamtgesellschaftliche Verantwortung durch eine vorübergehende substanzielle Ausweitung der Testung realisieren. Zahlreiche Unternehmen führen im Rahmen ihrer Möglichkeiten bereits Testungen ihrer Mitarbeiter durch. Wir sehen, dass dieses Engagement in den vergangenen Wochen kontinuierlich ausgeweitet wurde. Aus diesem Grunde appellieren die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft an die Unternehmen, ihren Beschäftigten Selbsttests und, wo dies möglich ist, Schnelltests anzubieten, um Infektionen frühzeitig zu erkennen."

Testangebote aus Köln

Seit dem 8. März 2021 läuft in 32 Kölner Kitas das Pilotprojekt KiKo (Kita Testung Koeln). Vier Wochen lang wurden Kinder und Erzieherteams auf freiwilliger Basis zweimal wöchentlich auf das Coronavirus getestet. Hierbei wurde ein spezieller Test eingesetzt, der vom Institut für Virologie der Uniklinik Köln entwickelt wurde: die Lolli-Methode. Die Kinder lutschen 30 Sekunden lang an einem Abstrich-Tupfer – ganz genauso, als wäre es ein Lolli. „Bei der Lolli-Methode handelt es sich um eine nicht invasive und damit kinderfreundliche Probenentnahme, die einen sensitiven Nachweis von SARS-CoV-2 ermöglicht", erklärt Felix Dewald, Assistenzarzt am Institut für Virologie an der Uniklinik Köln. Die Proben werden anschließend gesammelt und im sogenannten Pool-Verfahren getestet. Alle Tupfer einer Kita-Gruppe (mit oder ohne Erzieher) werden in einem gemeinsamen Sammelröhrchen platziert und im Labor getestet. Fallen die Tests negativ aus, ist alles gut. Gibt es ein positives Ergebnis, muss der Pool aufgelöst werden. Dann müssen alle Personen aus dem Pool nachgetestet werden.

Für die Sparkasse KölnBonn sind 3.700 Mitarbeiter tätig. Viele Angestellte können ihre Arbeit im Mobile Office fortführen, bspw. in den Backoffice-Bereichen ohne direkten Kundenkontakt, wo über 90 Prozent der Mitarbeiter derzeit von zu Hause aus arbeiten. „Für uns ist klar, dass wir die Teststrategie der Bundesregierung weiter unterstützen und unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern noch mehr Sicherheit im Arbeitsalltag geben wollen", sagt Ulrich Voigt, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn. „Ebenso ist das ein Signal für unsere Kundinnen und Kunden, dass sie sich bei einem Filialbesuch auf unsere Hygienemaßnahmen verlassen können." Vertriebsmitarbeiter mit direktem Kundenkontakt, vor allem die Beschäftigten in den Filialen, können seit dem 23. März wöchentlich zwei Selbsttests durchführen.

Christian Esser

Foto: nito - stock.adobe.com | Illustration: ReGara - stock.adobe.com

Positiv oder negativ - der Schnelltest wird es zeigen

CORONA LÄSST BIP SCHRUMPFEN

Lockdown und Stillstand lassen BIP um eine Viertelbillion einbrechen

Foto: natali_mis - stock.adobe.com | Illustration: Re Gara - stock.adobe.com

Das erste Corona-Jahr hat deutliche Spuren beim BIP hinterlassen

Mitte März 2020 – Deutschland geht erstmals in einen Lockdown. Für die Wirtschaft hatte das vergangene Jahr massive Folgen, gewaltige Umsatzeinbußen waren für viele Betriebe die Folge. Aktuelle Berechnungen des IW Köln zeigen, dass der Wohlfahrtsverlust sich bislang auf 250 Milliarden Euro beläuft.

Die Wirtschaft in Deutschland leidet massiv unter den Auswirkungen der Pandemie. Viele Geschäfte konnten über Monate hinweg nicht öffnen oder sind immer noch geschlossen, Lieferketten sind gestört, Millionen Arbeitnehmer sind in Kurzarbeit, fast alle Bereiche der Wirtschaft sind betroffen, viele Branchen wurden bis ins Mark getroffen. Besonders die langwierigen Lockdowns setzen laut IW Köln den Unternehmen in Deutschland massiv zu. Die aktuellen Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigen den bisherigen wirtschaftlichen Schaden auf, den die Pandemie bisher angerichtet hat. Das Bruttoinlandsprodukt ist demnach um etwa 250 Milliarden Euro geschrumpft. Das IW Köln hat als Grundlage für diese Berechnung eine Modellierung des Konjunkturverlaufs in einer Welt ohne Corona vorgenommen. Diese Modellierung wurde dann mit der tatsächlichen Entwicklung verglichen.

Lockdowns belasten Wirtschaft massiv

Für das erste Quartal 2020 wurde laut IW Köln nur ein geringer Rückgang des Bruttoinlandsprodukts verzeichnet. Durch den erst Mitte März beginnenden Lockdown konnten die Wirtschaftsbetriebe bis zu diesem Zeitpunkt ohne Einschränkungen arbeiten und spürten die wirtschaftlichen Belastungen in der Frühphase des Jahres nicht so stark. Der Schock kam dann im zweiten Quartal des Vorjahres. Hier waren die Auswirkungen der Pandemie deutlich spürbar. Ohne Corona gingen die Prognosen für das erwartete Bruttoinlandsprodukt von etwa 850 Milliarden Euro aus. Tatsächlich war es im zweiten Quartal rund 100 Milliarden niedriger als zu Jahresbeginn 2020 prognostiziert. Im dritten Quartal, als viele Branchen wieder öffnen durften, wenn auch oft eingeschränkt, wie bspw. in der Gastronomie, waren die Wohlfahrtsverluste nicht so deutlich. Die Lücke zur Prognose für diesen Zeitraum wurde zwar deutlich kleiner, schloss sich aber nicht ganz. Durch den Lockdown zum Jahresende stiegen dann auch die Wohlfahrtsverluste wieder deutlich an, wie das IW Köln angibt. Die Aussichten für das aktuelle sind ebenfalls nicht gut. „Die Pandemie kostet uns allein im ersten Quartal 2021 wahrscheinlich gut 50 Milliarden Euro“, schreibt das IW Köln. Die Bundesregierung erwartet für 2021 eine Zunahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 3,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Seit Beginn der Pandemie in Deutschland können nur wenige Branchen ihr Niveau halten oder gehören gar zu den Gewinnern der Krise. Das Finanz- und Wohnungswesen wie auch der Agrarsektor haben kaum Einbußen hinnehmen müssen. Auch die Bauwirtschaft hat das Krisenjahr 2020 gut überstanden. Besonders hart trifft die Wirtschaftskrise Branchen wie Gastronomie, Hotellerie sowie die Veranstaltungsbranchen und viele Dienstleistungsunternehmen.

Etwa 5.000 Zombiefirmen vermutet

Dem immensen finanziellen Druck der Pandemie konnten trotz Insolvenzaussetzung und Staatshilfen viele Betriebe nicht standhalten. Im vergangenen Jahr mussten rund 16.300 Unternehmen Insolvenz anmelden. Hinzu kommen etwa 5.000 sogenannte Zombieunternehmen, also Betriebe, die trotz finanzieller Hilfen durch Bund und Länder keine wirkliche Perspektive haben. „Die Coronakrise war und ist ein Schock für die deutsche Wirtschaft, der seinesgleichen sucht“, sagt IW-Direktor Michael Hüther. „Die Hilfspakete der Bundesregierung und das Kurzarbeitergeld konnten zwar schlimmere Folgen abwenden. Allerdings haben die Auszahlungen der Hilfen lange, teilweise zu lange, auf sich warten lassen. Diese harte Phase haben nicht alle Unternehmen meistern können. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Impfgeschwindigkeit erhöht, sodass die Unternehmen endlich begründete Zuversicht und Planungssicherheit haben.“

Christian Esser

Kann man regional und digital sein?

Sparkassenkunde: Stefan Lehmann & Sparkassenkundin: Teresa Buntić

Ja klar!

Mit unserem innovativen BusinessCenter mit persönlicher Beratung für schnelle und einfache Lösungen sind wir in Köln und Bonn auf kurzen Wegen erreichbar – und mit dem Finanzkonzept 2.0 haben wir unser Beratungsangebot weiter ausgebaut.

Persönlich. Digital. Direkt.

sparkasse-koelnbonn.de/businesscenter

Sparkasse KölnBonn

GESELLSCHAFTSRECHT: EIN JAHR „CORONA“

Erfahrungen, Unklarheiten, Lücken und Nachbesserungen

Foto: klavdiyav – stock.adobe.com

Die Corona-Pandemie verändert vieles - auch im Gesellschaftsrecht

Als im letzten Jahr die Auswirkungen von Covid-19 oder auch des Coronavirus auf das öffentliche Leben deutlich wurden, reagierte der Gesetzgeber unter anderem auch im Bereich des Gesellschaftsrechts. Die Änderungen wurden inzwischen verlängert und in Teilbereichen nachgebessert.

Durch das *„Gesetz über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie“* (amtliche Abkürzung: „GesRuaCOVBekG“!) vom 27. März 2020 hatte der Gesetzgeber – zunächst befristet bis zum 31.12.2020 – insbesondere Erleichterungen für die Durchführung von (Haupt-, Gesellschafter- bzw. Mitglieder-) Versammlungen und für die Beschlussfassungen von Organen außerhalb von Sitzungen geschaffen.

Schwerpunkt lag auf Aktiengesellschaften und GmbHs

Der Schwerpunkt der Gesetzgebung lag, aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung verständlich, auf der Aktiengesellschaft (und dort der „virtuellen“ Hauptversammlung) und der GmbH (und dort der Beschlussfassung der Gesellschafter im „Umlaufverfahren“).

Dieses erleichterte „Umlaufverfahren“ gilt allerdings nicht für solche Beschlüsse, für die zwingend eine „Versammlung“ vorgeschrieben ist, so im Umwandlungsrecht oder in der Krise bei Verlust des hälftigen Stammkapitals (§ 49 Abs. 3 GmbHG). Hingegen spricht die Beurkundungsbedürftigkeit, insbesondere von Satzungsänderungen, nicht per se gegen die Beschlussfassung im Umlaufverfahren, da der Notar die Beurkundung auch als Tatsachenprotokoll vornehmen darf. Auch wird in der Praxis in großem Umfang mit Vollmachten oder vollmachtlosen Vertretern gearbeitet, um Ansammlungen zu vermeiden. Völlig ohne Präsenztermine geht es allerdings schon insoweit nicht, als Anmeldungen zum Handelsregister teilweise eine persönliche beglaubigte Unterzeichnung durch die Geschäftsführer erfordern. Die Digitalisierung des Beurkundungs- und Beglaubigungsrechts sollte daher auch vor dem Hintergrund der Pandemie-Erfahrungen breiter angegangen werden.

Bei der GmbH stellen sich des Weiteren Fragen, weil der Gesetzgeber es hier insoweit bei einer sehr knappen Regelung belassen hat, nämlich dass Beschlüsse der Gesellschafter einer GmbH abweichend von § 48 Abs. 2 GmbHG außerhalb von Versammlungen in Textform oder durch schriftliche Abgabe der Stimmen auch ohne Einverständnis sämtlicher Gesellschafter gefasst werden können:

Bedarf damit die Beschlussfassung nur der frist- und formlosen Ankündigung eines Gesellschafters? Kommt es darauf an, ob dieser Gesellschafter die Mehrheit der Stimmrechte innehat oder dass alle Gesellschafter bis auf einen („nicht sämtliche“) damit einverstanden sind? Und was ist mit satzungsmäßigen Bestimmungen zur Beschlussfähigkeit („Quorum“)? Kann wirksam ein Beschluss gefasst werden, wenn ein (Minderheits-)Gesellschafter eine E-Mail mit einer Tagesordnung verschickt und dazu auffordert, binnen der nächsten 10 Minuten dazu seine Stimme abzugeben, um sodann mangels Gegenstimmen mit seiner eigenen Stimme, die er sogleich darauf mit einer weiteren E-Mail abgibt, den Beschluss zu fassen?

Einladungen auch bei Beschlussfassungen in Textform

Es dürfte im Ergebnis geboten sein, auch zu einer Beschlussfassung in Textform „einzuladen“ und dabei die Fristen und Formen wie bei einer Gesellschafterversammlung einzuhalten, wenn nicht das Einverständnis aller Gesellschafter gegeben ist. Zudem ist vorsorglich das Quorum zu beachten, mithin bei Nichterreichung eine zweite Beschlussfassung durchzuführen und zu dieser wie zu einer zweiten Gesellschafterversammlung einzuladen, wie es in GmbH-Satzungen üblicherweise geregelt ist. Ein anderes Vorgehen wäre einem erheblichen Anfechtungs- oder sogar Nichtigkeitsrisiko ausgesetzt. Nach der Intention des Gesetzes, Beschlüsse im Umlaufver-

fahren zu erleichtern, dürften diese auch dann zulässig sein, wenn der Gesellschaftsvertrag einer GmbH (in Wiederholung des bisherigen Wortlauts von § 48 Abs. 2 GmbHG) Umlaufbeschlüsse nur im allseitigen Einverständnis zulässt. Aber: Das alles ist im Gesetz nicht eindeutig geregelt.

Die Regelungen für Vereine und Stiftungen waren noch unklarer: So war schon zu bezweifeln, ob eine Mitgliederversammlung eines Vereins „rein virtuell" stattfinden kann, also ohne dass es einen realen Versammlungsort gibt, an dem Mitglieder sich „präsent" einfinden könnten. Außerdem war vom Gesetzgeber offenbar nicht gesehen worden, dass zwar die (weitgehend) präsenzlose Mitgliederversammlung des Vereins geregelt wurde, aber offen blieb, wie Sitzungen anderer Gremien („Organe") von Vereinen oder Stiftungen, also insbesondere Vorstand oder „Kuratorium", stattzufinden haben.

Hierbei ist im Ausgangspunkt festzuhalten, dass für Vorstandssitzungen über einen Verweis im Bürgerlichen Gesetzbuch (§§ 28 bzw. 86 und 32 BGB) die Regelungen über die Mitgliederversammlung entsprechend anzuwenden sind. Ob das der Gesetzgeber auch so gesehen und gewollt hatte, blieb indes unklar. Daher konnte der Rat nur dahin gehen, „Vollversammlungen" der Vorstandsmitglieder abzuhalten, bei denen jedes Mitglied der Sitzung per Videokonferenz zustimmte und auch allen Beschlüssen, um damit ein Anfechtungsrisiko auszuschließen. Praktikabel war das indes nicht immer.

Vereinsvorstände verbleiben bis zur Neuwahl im Amt

Vorteilhaft für die Vereine und Stiftungen, die die Amtsdauer von Vorstandsmitgliedern nicht in der Satzung vorsorglich so geregelt hatten, dass ein Mitglied bis zur Wahl eines Nachfolgers im Amt bleibt, ist, dass dies im Gesetz nun als Regel aufgestellt wurde; auch dies ein Teil sinnvoller Notfallvorsorge des Gesetzgebers.

Ein weiterer Regelungsbereich des Gesetzes ist, dass der Zeitraum zur Anmeldung von Umwandlungsvorgängen verlängert wurde. Der Stichtag der beizufügenden Bilanz darf bis zu zwölf Monate zurückliegen statt acht, also bei „Geschäftsjahr gleich Kalenderjahr" bis zum 31.12.2020 statt bis zum 31.08.2020. Ein praktisches Problem dieser Verlängerung war, wie sich Ende 2020 herausstellte, dass die Registergerichte in coronabedingt schwacher Besetzung unter dem Ansturm der Anmeldungen vor und zwischen den Feiertagen teilweise in erhebliche Schwierigkeiten gerieten und dass dies Auswirkungen auf andere Vorgänge hatte, die nicht „nur" rechtzeitig angemeldet, sondern auch noch im alten Jahr eingetragen werden mussten.

Zuletzt sei zu dem Gesetz angemerkt, dass es zwar Regelungen zu Genossenschaften enthält, aber nicht zu Personengesellschaften und nicht zu Anstalten öffentlichen Rechts. Bei Personengesellschaften mag das formale Argument gewesen sein, dass solche nach Gesetz nicht über eine Gesellschafterversammlung verfügen. Indes geht dies an der Wirklichkeit der allermeisten Unternehmen etwa in Form einer GmbH & Co. KG vorbei. Das Schweigen des Gesetzgebers muss daher insbesondere bei Kommanditgesellschaften oder OHGs Ansporn dafür sein, Gesellschaftsverträge zu ändern, um rechtssicher Beschlüsse auch „präsenzlos" zu fassen.

Mit der *„Verordnung zur Verlängerung von Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins- und Stiftungsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie"* vom 20.10.2020 (amtliche Abkürzung: „GesRGenR-COVMVV") hat das Bundesjustizministerium von der Möglichkeit gemäß § 8 des unter 1. genannten Gesetzes Gebrauch gemacht und die Geltung des Gesetzes um ein Jahr bis zum 31.12.2021 verlängert.

Der Bedarf an diesen Regelungen bestand und besteht eindeutig weiterhin, auch wenn vermutlich eine Vielzahl von Unternehmen und Organisationen die „Anregung" des Gesetzgebers und vonseiten der Berater in der Zwischenzeit aufgegriffen und in ihren Satzungen und Gesellschaftsverträgen Erleichterungen für Versammlungen und Beschlussfassungen statuiert haben. Die Verlängerung war und ist also zu begrüßen.

An den aufgezeigten Fragen zum Verständnis des Gesetzes änderte das Vorgehen per Verordnung allerdings nichts, denn diese schreibt, mit einem Satz, nur die bislang geltenden Regelungen fort. Änderungen, Verbesserungen, Klarstellungen sind damit nicht verbunden. Auch die Begründung zu dem Verordnungsentwurf gibt dafür wenig Hilfestellung.

Von Erleichterungen nur Gebrauch machen, wenn erforderlich

Insbesondere die Regelungen zur „virtuellen" Gesellschafterversammlung bei der GmbH werden in der Entwurfsbegründung der Verordnung nur sehr kurz angesprochen, indem wie in der ursprünglichen Gesetzesbegründung von der „Durchführung von Gesellschafterbeschlüssen" die Rede ist. Das zeigt einmal mehr, dass der Gesetz- bzw. Verordnungsgeber sich schon nicht darüber im Klaren ist, was er eigentlich regelt: Beschlüsse werden „gefasst", Versammlungen werden „durchgeführt" (richtiger wohl „abgehalten"). Der mit der Verordnung bis 31.12.2021 geänderte § 48 Abs. 2 GmbHG spricht demgemäß auch von der „Abhaltung einer Versammlung", derer es nicht bedürfe.

Da die Verordnung und ihre Begründung nichts hergeben, bleibt es auch 2021 weiterhin angezeigt, die Formalia der „Einladung zur Beschlussfassung" so einzuhalten wie bei einer Einladung zur Versammlung und ebenso auf die Einhaltung eines ggf. statuarisch vorgesehenen

Foto: Jane – stock.adobe.com

Beschlüsse und Wahlen - alles online?!

Foto: Andrey Popov – stock.adobe.com

Online-Meetings statt Präsenzsitzungen: nicht immer klar geregelt

Quorums zu achten. Auch die weiteren, oben dargestellten Zweifelsfragen hat das Bundesjustizministerium nicht angesprochen, sodass weiterhin anzuraten ist, sehr konservativ von Erleichterungen Gebrauch zu machen.

Zu Hauptversammlungen bei Aktiengesellschaften, KGaAs und SEs wird in der Begründung der Verordnung in zwei längeren Absätzen unter anderem ausgeführt, dass Unternehmen von den Erleichterungen „nur dann Gebrauch machen" sollten, „wenn dies unter Berücksichtigung des konkreten Pandemiegeschehens erforderlich erscheint". Die Verlängerung der Regeln solle daher insbesondere den Unternehmen „Planungssicherheit" geben, die Hauptversammlungen „in den ersten Monaten des Kalenderjahres 2021 abhalten wollen". „Zudem sollte der Vorstand das ihm zustehende pflichtgemäße und freie Ermessen dahingehend ausüben, möglichst viele der eingereichten Fragen auch zu beantworten."

Was konnte und wollte der Verordnungsgeber mit diesen kommentierenden Vorgaben mit all ihren Einschränkungen und Relativierungen erreichen? Schafft er damit „Planungssicherheit" für die Unternehmen oder gerade nicht, zumal die weitere Entwicklung der Pandemie nicht absehbar ist und daher eine wie auch immer geartete Beschränkung auf Hauptversammlungen nur in den ersten Monaten 2021 nicht angezeigt ist? Der Verordnungsgeber wollte wohl die Gelegenheit nutzen, dem unveränderten Gesetzeswortlaut seine Lesart mitzugeben. Es ist nun an der Praxis, in der Hauptversammlungssaison 2021 daraus ein rechtssicheres Vorgehen zu machen.

Sonderregeln können auch 2021 weiter angewendet werden

Zu Stiftungen und Vereinen beinhaltet die Begründung der Verordnung indes die erhoffte Aussage: *„Die Sonderregelungen in den § 5 Absatz 2 und 3 GesRuaCOVBekG, durch die § 32 BGB ergänzt und modifiziert wird, sind nach § 28 des Bürgerlichen Gesetzbuchs auch auf die Beschlussfassung der Vereinsvorstände und Stiftungsvorstände anzuwenden. Auch die Vorstände werden 2021 weiterhin von diesen Sonderregelungen bei ihrer Beschlussfassung Gebrauch machen können, soweit die Vereins- oder Stiftungssatzung nichts Abweichendes regelt."* Das hätte man sich schon im März 2020 in der Gesetzesbegründung gewünscht, aber besser spät als nie …

Durch das *„Gesetz zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Anpassung pandemiebedingter Vorschriften im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins- und Stiftungsrecht sowie im Miet- und Pachtrecht"* vom 22.12.2020 wurden unter anderem mit Wirkung seit dem 28.02.2021 kleinere Änderungen an dem bisherigen Gesetz vorgenommen.

So wird zu Vereinen und Stiftungen klargestellt, dass der Vorstand das Präsenzrecht der Mitglieder ausschließen und diese auf die elektronische Teilnahme bzw. die schriftliche Beschlussfassung verweisen kann. Damit wird der „Veranstaltungsort" zum rein formalen „Ort" für das Protokoll. Das klärt für den Vorstand zumindest Streitfragen mit Mitgliedern, die auf „Präsenz" bestehen.

Ebenfalls sinnvoll in der unverändert kritischen Lage ist, dass die Pflicht zur Einberufung einer Mitgliederversammlung abweichend von § 36 BGB ausgesetzt ist, solange ein persönliches Zusammenkommen nicht gestattet und die elektronische Abhaltung für den Verein bzw. die Stiftung nicht zumutbar ist.

Neu eingeführt wird § 5 Abs. 3a: Die Möglichkeiten der § 5 Abs. 2 und § 5 Abs. 3 des Gesetzes gelten nunmehr auch ausdrücklich für den Vorstand und sonstige Vereins- und Stiftungsorgane. Man muss sich also nicht mehr auf die Begründung einer Verordnung berufen. Im Ergebnis dürfte dies aber nicht mehr als eine Klarstellung bedeuten. Die schon bisher „präsenzlos" abgehaltenen Gremiensitzungen

Foto: portokalis – stock.adobe.com

Mitgliederversammlungen von Vereinen: mit "Corona-Abstand" oder besser rein "virtuell"?

werden durch diese Änderung nun nicht etwa im Nachhinein in Rechtsunsicherheit gestürzt.

Fazit

Der Gesetzgeber war im Bereich des Gesellschaftsrechts schnell und hat im letzten Jahr dringend benötigte Regelungen geschaffen. Dass diese nicht perfekt waren und auch Lücken aufwiesen, ist verständlich. Die meisten Zweifelsfragen lassen sich zudem so beantworten, dass auch den GmbHs, Vereinen und Stiftungen ein rechtssicheres, das Risiko einer „Anfechtung“ minimierendes Vorgehen möglich ist. Allerdings ist zweierlei anzuraten: Wenn von den gesetzlichen Ausnahmeregelungen Gebrauch gemacht werden soll, sollte für die konkrete Umsetzung rechtliche Beratung eingeholt werden. Und um sich für die Zukunft sicher aufzustellen, sollten Satzungen und Gesellschaftsverträge „digitale“ Beschlussfassungen in allen Gremien zulassen. Auf der Gesetzgebungsebene ist zu hoffen, dass die virtuelle Versammlung bzw. Gremiensitzung zum „new normal“ wird, der Gesetzgeber also klarstellt, dass „Versammlung“ und „Sitzung“ nicht meint, dass diese in „Präsenz“ stattfinden müssen, und dass dies für alle Rechtsformen von Unternehmen gilt, also auch für Personengesellschaften.

Foto: Jörg Modrow/laif / Luther

Autor: Dr. Arnd Becker
Rechtsanwalt und Notar, Partner bei
Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Anzeige

E-BIKE – MOBILITÄT FÜR SELBSTSTÄNDIGE

Gerade als Selbstständiger oder Freiberufler ist es wichtig, immer mobil zu sein

Ein E-Bike als Dienstrad wäre doch perfekt dafür. Jedes Fahrrad, ungeachtet von der Art und Marke, kann ein Dienstrad werden. Bike-Leasing schont die Liquidität und entlastet die hohen Anschaffungskosten eines Traumrades. Außerdem genießt man die Vorteile einer Diebstahlversicherung sowie Reparatur- und Wartungsservice.

Dienstwagen und Dienstrad schließen sich nicht aus und sind steuerlich absetzbar. Sämtliche Leasing- und Versicherungsraten können als Betriebsausgaben steuerlich gemacht werden. Ist ein Unternehmen zum Vorsteuerabzug berechtigt, kann die Umsatzsteuer aus den Leasingraten vom Finanzamt zurückgefordert werden. Die Leasingdauer beträgt dabei immer 36 Monate.
Bei überwiegend betrieblich genutzten Rädern (Fahrrädern und E-Bikes bis 25 Kilometer pro Stunde) entfällt die Entnahmebesteuerung („1 %-Versteuerung“) bei den Selbstständigen und Freiberuflern.

Ihre Vorteile im Überblick:

- Versteuerung des geldwerten Vorteils entfällt seit dem Jahr 2019, bei Fahrrädern und E-Bikes bis 25 Kilometer pro Stunde
- Liquiditätsneutral, greift Ihr Barvermögen nicht an
- Steuereinsparungen durch Betriebsausgabenabzug
- Privatnutzung möglich
- Höhere Planungssicherheit, keine Anzahlung
- Verbesserung der CO2-Bilanz *(nachhaltiger Umweltschutz)*

ⓘ *Weitere Infos www.fahrrad-xxl.de*

Foto: SFIO CRACHO – stock.adobe.com

GUTES GESCHÄFTSJAHR TROTZ CORONA

Sparkasse KölnBonn bilanziert deutlichen Gewinn in einem schwierigen Jahr

Mit einem Jahresergebnis von 109 Millionen Euro vor Steuern inklusive Reservenbildung ist die Sparkasse KölnBonn relativ gut durch die Pandemie gekommen. Dabei wuchs der Kreditbestand des Unternehmens auf über 20 Milliarden Euro. Außerdem vermittelte das Institut 594 Millionen Euro an KfW-Hilfskrediten.

Das Jahresergebnis vor Steuern ist im abgelaufenen Geschäftsjahr zurückgegangen. Es erreichte knapp 60 Millionen Euro und lag damit 8 Millionen Euro unter dem Vorjahr. Unter Einbeziehung der Reservenbildung von 49 Millionen Euro lag das Jahresergebnis bei 109 Millionen Euro (Vorjahr: 110 Millionen Euro). Der Bilanzgewinn liegt mit 24 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert von 26 Millionen Euro.

Vielzahl an Maßnahmen gegen die Krise

„Wir haben in einem sehr schwierigen Jahr vieles auf den Weg gebracht und erfolgreich umgesetzt, was unseren Kunden, unseren Mitarbeitenden und nicht zuletzt auch der Sparkasse selbst geholfen hat, die Folgen der Coronakrise abzufedern“, zieht Ulrich Voigt, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn, eine positive Bilanz. „Bereits zu Beginn des ersten Lockdowns sind wir uns der Verantwortung als Kreditinstitut mit öffentlichem Auftrag bewusst gewesen und haben aus diesem Selbstverständnis heraus mit unserer Expertise eine Vielzahl von Maßnahmen gestartet.“

In dieser Hinsicht nennt Voigt vor allem die in kürzester Zeit aus der Taufe gehobene Soforthilfe der Sparkasse. Zusammen mit dem selbst entwickelten Liquiditätsrechner hat das Kreditinstitut damit bereits ab März 2020 der von der Krise betroffenen gewerblichen Kundschaft geholfen, Liquiditätsengpässe schnell und umfassend zu überbrücken, bis Mittel aus den finanziellen Hilfsprogrammen des Bundes und der Länder beantragt und ausbezahlt wurden. Bis Ende Februar 2021 hat die Sparkasse Anträge auf Hilfskredite von 2.136 gewerblichen Kunden in einer Höhe von insgesamt 594 Millionen Euro an die Kreditanstalt für Wiederaufbau weitergeleitet. Sowohl Unternehmen als auch Privatkunden hatten darüber hinaus die Möglichkeit, eine befristete Aussetzung ihrer Ratenzahlungen für Darlehen zu beantragen.

Inzwischen 4.000 Videokonferenzen im Monat

Gleichzeitig hat das Institut im Zuge der Coronakrise seine Digitalisierungsstrategie intern vorangetrieben. Zwei Drittel der Mitarbeitenden verfügen über Mobile-Office-Möglichkeiten und können dadurch räumlich flexibel arbeiten. Bezogen allein auf die Mitarbeitenden außerhalb des Vertriebs liegt die Quote bei über 90 Prozent. Monatlich finden inzwischen 4.000 Videokonferenzen statt.

2020 erstes Jahr mit CO_2-Neutralität

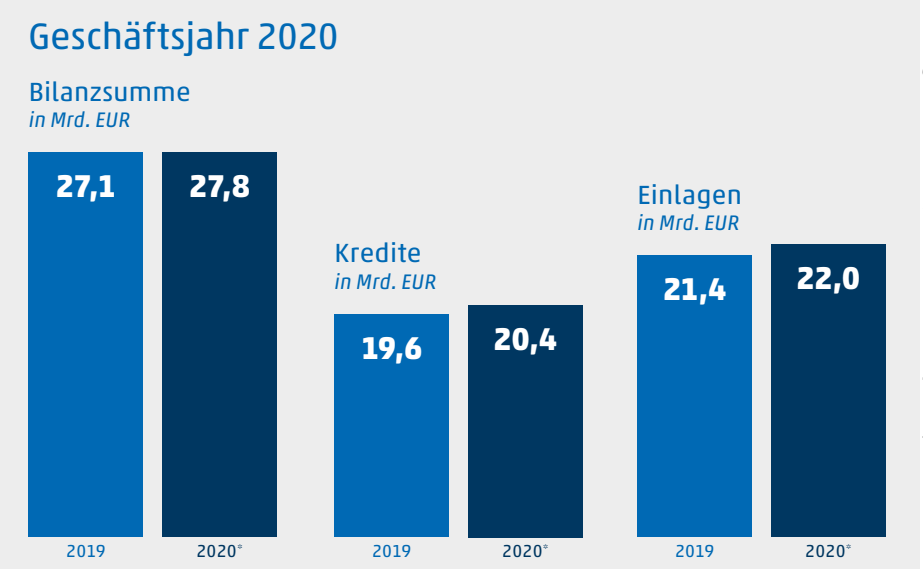
Ihr aktives Nachhaltigkeitsmanagement hat die Sparkasse im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter vorangebracht. Im November vergangenen Jahres zählte das Institut zu den Erstunterzeichnern einer „Selbstverpflichtung für Klimaschutz und nachhaltiges Wirtschaften“, die sich an den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens orientiert.

Vor dem Hintergrund der Coronapandemie hat die Sparkasse ihr bürgerschaftliches Engagement –die „Bürgerdividende“ – nicht nur aufrechterhalten, sondern gezielt ausgeweitet. So wurde zum Beispiel am Jahresende 2020 die Aktion „Vereint da durch“ ins Leben gerufen, durch die jeweils 1.000 Euro an 405 Vereine in Köln und Bonn verteilt worden sind. Viele von ihnen sind durch die Folgen der Pandemie in finanzielle Bedrängnis geraten, weil zum Beispiel Einnahmen aus Sommer- oder Schützenfesten fehlen oder Kosten für Hygienemaßnahmen entstanden sind. „Auch das ist gelebte Solidarität und zeigt, was die Sparkasse KölnBonn möglich macht“, so Voigt.

So unterstützte das Institut zum Beispiel Kölner und Bonner Karnevalsgesellschaften in der sitzungslosen Session mit insgesamt 52.000 Euro an Extraspenden und beteiligte sich mit 25.000 Euro an der Karnevalsbenefizaktion „Mer looße üch nit allein“. Weitere 25.000 Euro gingen an den Solidaritätsfonds der Meister-Stiftung Köln e. V., der von der Kreishandwerkerschaft Köln initiiert wurde. Durch den Verzicht auf Weihnachtspost konnte das Institut über 150.000 Euro an soziale Initiativen in der Region spenden.

Heribert Eiden

Geschäftsjahr 2020



* Vorläufige Geschäftszahlen, Stand: 17. März 2021 / Quelle: Sparkasse KölnBonn

Hallo Köln!

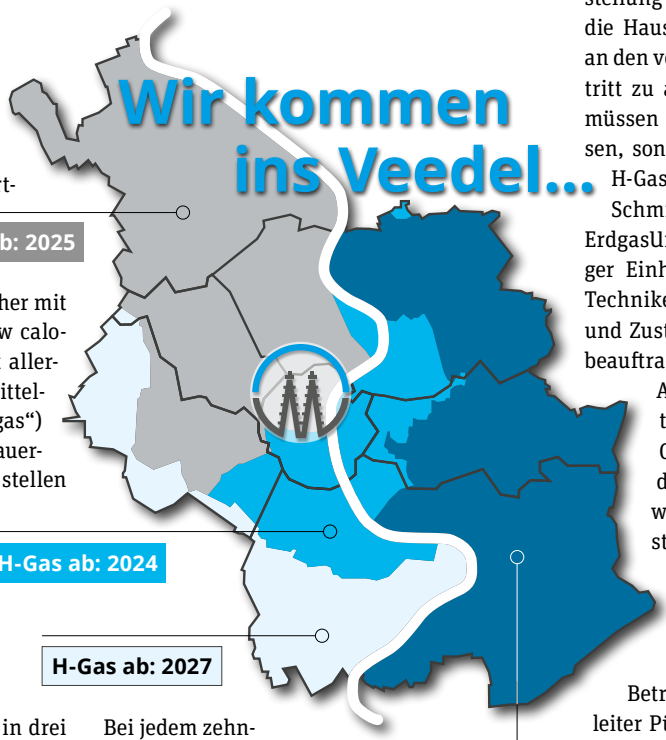
ErdgasUmstellung kommt ins Veedel

Wir stellen das Kölner Erdgasnetz um, von L- auf H-Gas.
Das Ziel: eine sichere Erdgasversorgung in Haushalten und Unternehmen.

„Einmal Erdgasumstellung, bitte!“: Ob Imbiss oder Buchladen, Friseur oder Bäckerei – neben privaten Erdgasnutzern sind auch viele Betriebe in Köln von der Umstellung betroffen. In diesem Jahr startet die Rheinische NETZGesellschaft mbH (RNG) mit ihrer Marke „ErdgasUmstellung“ damit, die Erdgasversorgung von Haushalten und Unternehmen in der Domstadt von L- auf H-Gas umzustellen. Gewerbetreibende, die in ihren Geschäftsräumen über Erdgasgeräte verfügen, haben dabei keinen Grund zur Sorge: Die Arbeiten der ErdgasUmstellung werden den laufenden Betrieb im Normalfall nicht beeinträchtigen.

Aus L wird H!

Die RNG betreibt das Erdgas- und Stromnetz in der rheinischen Region. Damit ist sie für die sogenannte Marktraumumstellung Erdgas verantwortlich, die per Bundesgesetz geregelt ist. Der Raum Köln wird, wie einige andere Gebiete im Nordwesten Deutschlands, bisher mit L-Gas versorgt. Die Förderung von „low calorific gas“ mit niedrigem Brennwert ist allerdings rückläufig. L-Gas wird daher mittelfristig durch H-Gas („high calorific gas“) mit höherem Brennwert ersetzt, das dauerhaft verfügbar ist. „Bis zum Jahr 2027 stellen wir die Erdgasversorgung in Köln um“, sagt Gesamtprojektleiter Stephan Pütz. „Bis 2029 strömt dann durch das ganze RNG-Netz einheitlich H-Gas zu den Verbrauchern.“



Schritt für Schritt

In Köln verläuft die Erdgasumstellung in drei Phasen: Die Planungen geben vor, ab 2023 die östlichen, ab 2024 und 2025 die innerstädtischen und ab 2027 die westlichen Stadtgebiete mit H-Gas zu versorgen (siehe Karte). Wann welches Veedel umgestellt wird, ergibt sich aus der Struktur des Kölner Erdgas-Leitungsnetzes. Auf www.meine-erdgasumstellung.de können Einwohner und Unternehmer auf einer interaktiven Karte straßengenau prüfen, wann sie an der Reihe sind. Die drei Schritte im Detail:

1. Information: Um H-Gas sicher nutzen zu können, müssen alle Erdgasgeräte in Haushalten und Unternehmen erhoben und technisch angepasst werden. Die ErdgasUmstellung informiert frühzeitig darüber, wann sie die notwendigen Besuche vor Ort durchführt.

2. Erhebung: Beim ersten Besuch erheben Techniker der ErdgasUmstellung zunächst die Daten aller Geräte, um die für die Anpassung erforderlichen Teile beim Hersteller bestellen zu können.

3. Anpassung: Bei einem zweiten Besuch passen die Techniker das jeweilige Gerät an. Meist genügt der Austausch der Brennerdüse. Bei jedem zehnten Erdgasanschluss erfolgt zudem eine Qualitätskontrolle. Die Kosten des Prozesses werden solidarisiert und bundesweit auf die Netzentgelte umgelegt. Somit sind die Arbeiten zur Erhebung und Anpassung der Geräte für die Verbraucher kostenfrei.

Datenschutz stets gewährleistet

Von der ersten Information bis zur Umstellung auf H-Gas vergehen rund zwei Jahre, sämtliche Technikertermine kündigt die ErdgasUmstellung rechtzeitig an. Wichtig ist es, dass die Haushalte und Betriebe den Technikern an den vereinbarten Terminen tatsächlich Zutritt zu allen Erdgasgeräten gewähren. „Wir müssen die Erdgasgeräte zwingend anpassen, sonst sind sie nach der Umstellung auf H-Gas nicht sicher zu betreiben“, so Natalie Schmidt, Leitung der Kommunikation. Die ErdgasUmstellung agiert immer unter strenger Einhaltung des Datenschutzes. „Unsere Techniker dokumentieren vor Ort allein Art und Zustand der Erdgasgeräte. Sie sind nicht beauftragt, die Qualität anderer Geräte und Anlagen zu erfassen oder zu bewerten“, verdeutlicht Natalie Schmidt. Gewerbetreibende können sich zudem darauf verlassen, dass der Betrieb während der Technikerbesuche ungestört weiterläuft. Mit Betriebsausfällen und Umsatzeinbußen ist nicht zu rechnen. „Die Arbeiten der ErdgasUmstellung stellen im Regelfall keine Einschränkung im laufenden Betrieb dar“, versichert Gesamtprojektleiter Pütz. Natürlich achte man bei den Besuchen auf die Einhaltung der aktuell geltenden Hygiene- und Abstandsregeln. Eine straßengenaue Auskunft anhand einer interaktiven Karte, wann wer an der Reihe ist, sowie alles Wichtige zum Projekt findet man unter *www.meine-erdgasumstellung.de*.

Die ErdgasUmstellung startet dieses Jahr zunächst in Teilen von Porz, Kalk und Mülheim. Dort wird ab 2023 H-Gas durch die Leitungen strömen. Die übrigen Stadtteile folgen nach und nach.

Foto: Getty Images, jotily | Grafik: www.meine-erdgasumstellung.de

GEBÜNDELTE WIRTSCHAFTSKRAFT FÜR KÖLN

Wirtschaft sollte bei Entscheidungen automatisch mitgedacht werden

Foto: Olaf Wull Nickel

v. l. n. r. Gunnar Herrmann (Vorsitzender Arbeitgeber Köln), Hans Peter Wollseifer (Präsident Handwerkskammer zu Köln), Dr. Nicole Grünewald (Präsidentin Industrie- und Handelskammer zu Köln) und Dr. Witich Roßmann (Vorsitzender DGB Köln)

In einem gemeinsamen Positionspapier werben die Industrie- und Handelskammer zu Köln, die Handwerkskammer zu Köln, Arbeitgeber Köln und die DGB-Region Köln-Bonn für einen Dialog auf Augenhöhe zwischen Politik und Wirtschaft.

Im Fokus des Forderungskatalogs stehen die vier Themenblöcke Wirtschaft/Industrie, die Bildung sowie Mobilität und Flächennutzung/Wohnungsbau. Die Verfasser des Papiers möchten in erster Linie hervorheben, dass eine florierende Kölner Wirtschaft auch den Standort Köln zum Blühen bringt. Denn wenn die Wirtschaft brummt, erhöht sich der finanzielle Handlungsspielraum einer Kommune deutlich. Damit einhergehend steigen auch die Beschäftigung, Kaufkraft und die Attraktivität der Region. Darüber hinaus sind die Unternehmen und ihre Beschäftigten wichtige Treiber von Innovationen und technischem Fortschritt. Von diesem Know-how und dem Unternehmergeist profitiert auch die Kommune. Wirtschaft sollte bei politischen und Verwaltungsentscheidungen automatisch mitgedacht werden.

In enger Zusammenarbeit haben Dr. Nicole Grünewald, Präsidentin der Industrie- und Handelskammer zu Köln (IHK), Hans Peter Wollseifer, Präsident der Handwerkskammer zu Köln, Gunnar Herrmann, Vorsitzender der Arbeitgeber Köln, und D. Witich Roßmann, Vorsitzender des DGB Köln-Bonn, das wichtige Positionspapier verfasst. Quintessenz der Positionierung: „Die Stärke unserer lokalen Wirtschaft liegt in ihrer Vielfalt – Köln und das Umland verfügen sowohl über eine leistungsstarke Industrie, ein starkes Handwerk, einen vielfältigen Handel, einen breiten Dienstleistungsmix sowie einen attraktiven Messestandort“, heißt es in dem Schriftstück.

Wirtschaft und Industrie

„Eine breit aufgestellte und vielfältige Wirtschaft ist die Stärke des Standorts Köln“, meint dazu Dr. Nicole Grünewald, Präsidentin der IHK zu Köln. Die Coronakrise wird auch in diesem noch jungen Jahr die Herausforderung schlechthin sein, umso mehr bedarf es wettbewerbsfähiger Unternehmen und Standortbedingungen in der Region.

Dabei muss sich auch die Verwaltung noch stärker als Dienstleisterin gegenüber Unternehmen verstehen und in ihre Infrastruktur investieren. Begrüßt wird das Signal, den Gewerbesteuerhebesatz in den kommenden fünf Jahren stabil halten zu wollen. Auch den Willen, ein Angebot an attraktiven Gewerbe- und Industrieflächen zu schaffen, bewerten die Verfasser positiv. Hierbei gilt es, intelligent zwischen dem Bedürfnis nach Wohnraum in einer wachsenden Metropole und dem Bedarf nach Gewerbe- und Industrieflächen abzuwägen. Wichtig ist ferner, dass die Verwaltungsreform weiter vorangetrieben wird. Gerade Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern oftmals noch zu lange. Und: Köln muss noch gründungsfreundlicher werden –auch über digitale Geschäftsmodelle hinaus.

Außerdem fordern die Macher des Positionspapiers ein klares Bekenntnis zur Wirtschaft und insbesondere zur Industrie, denn deren Leistungs- und Innovationsfähigkeit ist das Fundament des Wohlstands und dient der Bewältigung wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Herausforderungen. Köln bringt alte und neue, handfeste und digitale Industrie zueinander und spielt sie nicht gegeneinander aus. Köln hat allen Grund, auch künftig seine Industrie zu hegen und zu pflegen. Denn mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze hängen von ihr ab – im produzierenden Gewerbe, im Handwerk und bei Dienstleistern, die für und mit der Industrie arbeiten.

Die Innovationskraft von Wissenschaft und Wirtschaft kontinuierlich zu stärken und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen auszubauen ist für die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie unverzichtbar. Die Wirklichkeit hat in den letzten Jahren eine neue Seite der Industrie aufgeschlagen: ökonomisch effizient, ökologisch nachhaltig.

Bildung

Eine starke Ausbildungslandschaft ist für spätere gute Fachkräfte unabdingbar. „Dazu bedarf es allerdings eines Ausbaus der Schulen mit der Konzentration auf die deutliche Verbesserung bei der Digitalisierung“, erläuterte Hans Peter Wollseifer, Präsident der Handwerkskammer zu Köln. Er unterstrich die gesellschaftliche Anerkennung einer dualen Ausbildung, die für die Akzeptanz bei Eltern und Jugendlichen wichtig sei, um den Zugang in einen Lehrberuf zu erleichtern. Handwerkliche Qualifikationen, gewerblich-technische oder dienstleistende Berufe brauchen mehr öffentliche Wertschätzung. Es braucht eine konzertierte Aktion von Politik, Verwaltung und Wirtschaft, die diesen Zusammenhang immer wieder darstellt. Die Gleichwertigkeit von beruflichen Qualifikationen und Hochschulabschlüssen muss das Ziel sein.

Mobilität

Die so häufig beschworene Mobilitätswende, die geforderte Reduzierung von Feinstaub und Schadstoffen, die Einhaltung der Pariser Klimaziele: Es wird viel geredet, aber zu wenig getan. Die Bahnen in den Stoßzeiten überfüllt und überhaupt zu teuer, die Straßen marode und überlastet: Es wird Zeit, das Thema Mobilität und Verkehr in der Domstadt neu zu ordnen.
Die Neuordnung der Mobilität in Köln braucht realistische Ziele, einen progressiven Pragmatismus und gesellschaftliche Unterstützung. Diese Ziele zu erreichen ist bei eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten natürlich die besondere Herausforderung. Dabei muss der Fokus auf der weiteren Senkung des CO2-Ausstoßes liegen. Welchem Verkehrsmittel wird der Vorzug gegeben? Welche Antriebskonzepte sollten verstärkt verfolgt werden?
Die Zeiten des Autos, dem mit Beginn der Wirtschaftswunderjahre der Hof gemacht wurde – das sowohl auf den Autobahnen als auch im innerstädtischen Verkehr –, sind gezählt. Das Fahrrad als das städtische Verkehrsmittel der Zukunft findet seinen Weg. Dieser wird einerseits durch die Fahrradindustrie eingeschlagen mit dem Angebot an Elektrofahrrädern, Lasteseln und einer unermesslich weiten Range an klassischen Drahteseln. Auch die Stadt Köln tut andererseits das ihre. Mit der Verbreiterung der Radwege, mit der Umwidmung bestehender Straßen in Fahrradstraßen und der Verbesserung von deutlichen Unfallschwerpunkten. Wobei man nicht vergessen darf, dass der Radschnellweg von Frechen nach Köln auch schon jahrelang im Gespräch ist. Taten sind keine erfolgt. Wobei für Gunnar Herrmann, Arbeitgeber- und Ford-Chef in Köln, die Konzentration nur aufs Rad zu kurz gedacht ist. Ihm „fehlen Ideen einer Smart Mobility“. Die Frage nach neuen Antriebskonzepten, welche Fortbewegungsmittel zweckmäßig und ökologisch sinnvoll seien, gehört auf die Agenda.

Flächennutzung und Wohnungsbau

Auf der einen Seite ein hoher Bedarf an Flächen für den Wohnungsbau und das Gewerbe – andererseits begrenzter und dicht besiedelter Raum. Diese Punkte gilt es in Einklang zu bringen. Kein leichtes Unterfangen, denn Bauland ist knapp. Für Witich Roßmann, Chef der Kölner Sektion des DGBs, die Aufforderung an die Verwaltung, „ein klares Konzept für die Nutzung von Flächen vorzulegen“.
Des Weiteren dauern Witich Roßmann die in Köln zu bearbeitenden Genehmigungsverfahren – auch aufgrund der Regulierungsdichte – zu lange. Das zurzeit diskutierte Baulandmobilisierungsgesetz hat vornehmlich den Wohnungsbau im Blick. Für die Gewinnung von Fachkräften ist dieser Faktor wichtig. Doch die Verfügbarkeit von Bauland ist auch für die Entwicklung von Wirtschaft und Gewerbe von herausragender Bedeutung.
Darüber hinaus bedarf es weniger Regulierung, kürzerer und einfacherer Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie einer Entschärfung von Nutzungskonflikten zwischen Gewerbe und Wohnen mittels neuer Lärmschutzregelungen. Für das Bündnis stellt sich die Situation so dar: Sowohl für Wohnungsbau als auch für Industrie- und Gewerbegebiete gilt es, Bauland konsequent und zügig auszuweisen sowie Flächen effizient zu nutzen.
Um entsprechende Prozesse voranzutreiben, reicht es nicht allein, das Personal aufzustocken. Auch hier geht es um das Thema Infrastruktur. Und zwar die digitale Infrastruktur. Momentan wird an der digitalen Bauakte gefeilt. Und sie ist bitter nötig. Denn es fehlt (bezahlbarer) Wohnraum. Die Zielmarke von jährlich 6.000 neuen Wohnungen wurde in den vergangenen Jahren nie erreicht. Daran wird sich auch im Jahr 2021 nichts ändern. Ein digitaler Prozess, in dem sämtliche Beteiligte jederzeit Zugriff auf ein und dieselbe Akte haben, wäre das wünschenswerte und hoffentlich bald erreichte Ziel.
Alles hängt irgendwie zusammen. Arbeitnehmer und Auszubildende, die in der Stadt keinen passenden und bezahlbaren Wohnraum finden, sind gezwungen, täglich zwischen Wohnort und Betrieb zu pendeln. Das bedeutet für die Betroffenen einen erheblichen zeitlichen Mehraufwand. Und es führt die Klimaziele ad absurdum. Denn das Thema Wohnen muss einen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten. Hier sind Bauindustrie und Handwerk gefragt. Mit ihrer Kompetenz, mit ihrem Know-how nachhaltiges Wohnen voranzutreiben.

Heribert Eiden

Foto: FlagMan – stock.adobe.com

Ein gemeinsames Positionspapier von IHK, HWK, DGB und Arbeitgebern zeigt Ziele für die Stadt auf

BILANZ IM ZEICHEN VON CORONA

In den vergangenen zwölf Monaten kamen deutlich weniger Gäste in die Domstadt als im Jahr 2019

Foto: KölnTourismus / www.badurina.de

Dr. Jürgen Amann, Geschäftsführer der KölnTourismus GmbH, konnte aufgrund der Coronapandemie für die Destination Köln keine guten Zahlen verkünden

Auch in Köln stellt sich die Situation der Tourismus- und Veranstaltungsbranche als dramatisch dar. Dank der erfolgreichen Kampagne #inKöllezeHus konnten die Sommermonate allerdings deutlich belebt werden.

Dabei startete KölnTourismus gut ins neue Jahr. Denn der Februar 2020 war sogar der stärkste Februar in Sachen Gästezahlen überhaupt. Aber dann ging es bei der Zahl der Übernachtungsgäste deutlich bergab. Das Statistische Landesamt IT.NRW verzeichnet für das vergangene Jahr 1,44 Millionen Ankünfte und 2,56 Millionen Übernachtungen für die Domstadt. Dies bedeutet einen Rückgang um 62,3 Prozent bei den registrierten Ankünften in Kölner Hotelbetrieben und um 61,1 Prozent hinsichtlich der getätigten Übernachtungen.

Viele Freizeitgäste aus den Nahmärkten in Köln

„Die Einbrüche im Tourismus sind drastisch und die Auswirkungen auf die gesamte Branche extrem. Dennoch hätte es für Köln noch schlimmer ausfallen können“, beurteilt Dr. Jürgen Amann, Geschäftsführer der KölnTourismus GmbH, die Situation. „Wir haben gleich im ersten Lockdown dafür gesorgt, mit Köln bei den Menschen präsent zu bleiben, und zusammen mit der Stadt die Recovery-Kampagne #inKöllezeHus aufgesetzt. In der Zeit der Lockerungen über die Sommermonate hat sich dies ausgezahlt, wir konnten viele Freizeitgäste aus den Nahmärkten in die Rheinmetropole locken. Das werden wir 2021 fortsetzen. Wir haben zahlreiche Maßnahmen geplant, die die Menschen für Köln begeistern werden.“

Durch die weltweiten Reiseeinschränkungen im Zuge der Coronapandemie und die zweimaligen Lockdowns im März/April und November/Dezember kam der Tourismus in Köln jeweils komplett zum Erliegen. Dies hatte nachhaltig dramatische Auswirkungen auf die Reise- und Veranstaltungsbranche in Köln mit ihren mehr als 30.000 Mitarbeitenden zur Folge. Schrittweise Öffnungen sorgten in den vier Sommermonaten für Belebung und ein Zwischenhoch. Dennoch fehlte das für Köln wichtige Messe- und Kongressgeschäft nahezu vollständig sowie große Teile des Geschäftsreisetourismus. Auch Touristen aus internationalen Quellmärkten konnten aufgrund der Restriktionen generell nicht reisen. Dies führte zu einer strukturellen Veränderung der Gästezusammensetzung hin zu mehr Freizeitgästen aus dem deutschen Markt sowie zu dem positiven Begleiteffekt einer längeren Verweildauer von durchschnittlich 1,8 Tagen.

60 Prozent weniger Gäste bei Geschäftsreisenden

Bei den Tagesgästen war die Auslastung um 25 Prozent schlechter als im Vorjahr. Bei Geschäftsreisen waren es sogar 60 Prozent der Gäste, die wegfielen. Natürlich ging die Zahl der Gäste aus dem Ausland wegen der strikten Reisebeschränkungen zurück. Aufgeteilt auf Geschäftsreisende und Touristen ist das Verhältnis zwei Drittel zu einem Drittel. Interessanterweise wirkt sich der Frachtverkehr des Köln-Bonn-Airports in dieser Zeit deutlich auf die Übernachtungsquote in Köln aus.

In diesem Jahr heißt es für KölnTourismus also in erster Linie, weiterhin Krisenmanagement zu betreiben. Ein wichtiges Instrument ist dabei die Recovery-Kampagne #inKöllezeHus, die weiter ausgebaut wird. Unter diesem Hashtag werden kurze Clips mit prominenten Kölnern verbreitet. Diese richten sich vor allem an Menschen aus der Region und dem weiteren Umland, die Rheinmetropole neu zu entdecken. Ein eigener Köln-Podcast soll immer zwei Personen aus Köln in den Dialog über die Stadt bringen, indem z. B. Prominente oder auch ganz normale Bürger sich unterhalten über ihre Stadt und da auch in Ecken wirken und Winkel entdecken, die nicht immer und jeden Tag im Fokus stehen.

Weitere konkrete Maßnahmen dieser Kampagne sind Social-Media-Videoclips, eine Out-of-Home-Plakatkampagne in definierten deutschen Ballungszentren sowie eine Over-the-Air-Kampagne mit großen Reiseplattformen in den Nahmärkten Deutschland, Schweiz und Frankreich sowie dem „Entdecke Köln Tag“.

Im MICE-Bereich – MICE steht als Kürzel für die Segmente Messe, Incentive, Congress und Events – wird die Recovery-Initiative „Cologne. Ready when you are“ den Messe- und Kongressstandort unterstützen. Zudem entsteht aktuell mit dem Europäischen Institut für Tagungswirtschaft (EITW) eine Studie zur Erholung des Kölner MICE-Marktes,

Foto: KölnTourismus / www.badurina.de

Der Dom, die Museen und die Rheinschifffahrt hatten 2020 deutlich weniger Besucher und Gäste

um Ansatzpunkte für eine gezielte Akquise für Köln nach Corona zu identifizieren.
Dass man in Köln mit komplizierten Umständen ganz pragmatisch umgeht, zeigt das Format Arena Now. Kleinere Veranstaltungen in der LANXESS arena unter strengster Einhaltung der Corona-Schutzverordnungen waren eine Weile möglich. Aber auch diese Möglichkeit, Menschen in die Stadt zu locken, ist nicht mehr gegeben.

Digitalisierung kostet reale Übernachtungen

Wenn die Pandemie eine gute Seite hat, dann die, dass Deutschland in Sachen Digitalisierung einen großen Schritt nach vorne gemacht hat. Ausbau des Homeoffice, Umschwenken auf Homeschooling und digitale Meetings machen eine große Zahl an Reisen und Übernachtungen obsolet. Für Messen und andere Veranstaltungsformate bedeutet das natürlich weniger reale Besucher, stattdessen mehr virtuelle Events – ergo auch immer weniger Übernachtungen in diesem Bereich. Lange Reisen zu irgendwelchen Sitzungen oder Kongressen werden mehr und mehr durch digitale Formate wie Teams oder Zoom abgelöst.
Neben dem notwendigen Krisenmanagement will KölnTourismus die in 2020 begonnene zukunftsorientierte Neuausrichtung zur Destinationsmanagement-Organisation fortsetzen. Dazu gehören strukturelle Veränderungen, wie ein neu eingerichtetes Key-Account-Management und die Stärkung der Unternehmenskommunikation.
Auch die inhaltliche Arbeit von KölnTourismus wird deutlich zukunftsorientiert sein: Eine Motivanalyse bei Köln-Gästen und ein darauf aufbauender Zielgruppenprozess werden Aufschluss darüber geben, mit welchen Themen die Gäste von morgen für Köln begeistert werden können. Hinsichtlich der Bearbeitung der Auslandsmärkte konzentriert sich KölnTourismus verstärkt auf potenzialträchtige Spezialgebiete. Das Thema Medizintourismus beispielsweise wird mit Blick auf die damit verbundene touristische Wertschöpfung langfristig eine wichtige Rolle für Köln spielen.

Medizintourismus und Flusskreuzfahrten im Fokus

Mit Blick auf die internationalen Gäste hofft man bei KölnTourismus, dass ab 2023/24 diese wieder den Weg nach Köln finden. „Das wird in den nächsten Jahren noch nicht so sein“, erwartet Dr. Jürgen Amann. Für ihn stellen zum Beispiel die Touristen aus Südamerika, aus den USA sowie aus China und den weiteren asiatischen Märkten das größte Potenzial dar. Dem Thema Flusskreuzfahrten widmet KölnTourismus ebenso große Aufmerksamkeit. Die „Köln-Vermarkter“ sehen weiterhin das Potenzial, dass Köln zur führenden Flusskreuzfahrtdestination in Deutschland avanciert.

Der Hotelbranche in der Stadt geht es entsprechend nicht so gut. Auf Nachfrage bemerkte Dr. Amann, es gebe wohl einige Schließungen, aber noch sei die Zahl überschaubar. Weitere Schließungen könnten allerdings folgen, zumal die Coronakrise sich inzwischen deutlich härter zeigt als noch vor Wochen. Auch die Gastronomie in Köln läuft auf Reserve und hat nicht zuletzt Probleme, weil zugesagte und beantragte staatliche Hilfen nicht ankommen.
Um den MICE-Standort Köln nachhaltig zu stärken, erweitert das Cologne Convention Bureau (CCB) der KölnTourismus GmbH sein Aktivitätenspektrum zukünftig um Akquisetätigkeiten. Die Zusammenarbeit mit dem German Convention Bureau (GCB) im Rahmen des Thinktanks „Future Meeting Space“ und dem „Virtual Venue“ unterstützt dies.

2023/24 rechnen Branchenkenner mit Normalisierung des Tourismus

„Mit dieser strategischen Entwicklung vom Destinationsmarketing zum Destinationsmanagement machen wir KölnTourismus zukunftsfähig und werden so einen wichtigen Beitrag dazu leisten, das Reiseziel Köln langfristig optimal im Wettbewerb zu platzieren. 2021 wird noch ein Jahr des Übergangs“, beschreibt Dr. Jürgen Amann die Perspektive für die Zukunft. „Wir gehen davon aus, dass sich der Tourismus nach Köln konzentrisch entwickeln und erholen wird, zunächst aus der Region und aus Deutschland, dann aus den Nachbarmärkten wie den Niederlanden und Belgien. Ab 2023/24 rechnen Branchenkenner mit einer Normalisierung des Tourismus. Langfristig werden wir auch wieder Rekorde sehen.“

Heribert Eiden

Foto: KölnTourismus / Axel Schulten

Kölns Touristenattraktion Nummer 1 ist der Dom. Der Fernsehturm im Hintergrund hingegen ein ungenutzter schlafender Riese.

KRANKENHAUS – PRIVATKLINIK – PRAXISKLINIK

In Köln gibt es fast 40 Krankenhäuser. Für die Patienten ist oft nicht klar, wo die Unterschiede liegen

Foto: fotoatelier-sued

Die Klinik LINKS VOM RHEIN wurde 2019 im Ranking "Deutschlands beste Kliniken" vom Handelsblatt als Sieger in der Rubrik Praxiskliniken ausgezeichnet.

Anfang der 1990er-Jahre sah die Welt noch anders aus. Das gilt insbesondere für die Gesundheitsversorgung. So gab es in Deutschland im Jahr 1991 insgesamt 2.411 Krankenhäuser, von denen 1.110 (46 Prozent) öffentliche Einrichtungen waren. 943 (39 Prozent) waren freigemeinnützige Einrichtungen und 358 (15 Prozent) waren in privater Hand. Sieht man sich das Jahr 2018 an, dann wird deutlich, wie stark sich das Gesundheitswesen in Deutschland seitdem verändert hat. Nicht nur die Anzahl der Krankenhäuser hat sich verändert, 2018 gab es davon noch 1.925, auch der Anteil der öffentlichen Einrichtungen ist auf 29 Prozent gesunken (552). Die freigemeinnützigen Einrichtungen haben einen Anteil von 34 Prozent (650) und die privaten Einrichtungen sind auf 38 Prozent (723 Häuser) angestiegen.

Wo liegen die Unterschiede?

Ob sich eine Einrichtung in privater oder in öffentlicher bzw. freigemeinnütziger Hand befindet, wirkt sich vor allem darauf aus, wer sich dort behandeln und operieren lassen kann. Privat versicherte Patienten haben grundsätzlich eine freie Arztwahl, können also selbst entscheiden, von wem und wo sie sich behandeln lassen. Das gilt für die Behandlung bei einem niedergelassenen Arzt ebenso wie für ambulante Eingriffe und stationäre Aufenthalte in einer Klinik.

Für gesetzlich versicherte Patienten sind die Spielräume enger als für privat versicherte Patienten. Denn gesetzlich Versicherte dürfen auf Kosten ihrer Krankenkasse nur in solchen Krankenhäusern stationär behandelt werden, die nach § 108 Sozialgesetzbuch (SGB) V „zugelassen“ sind.

Zum einen sind das Hochschulkliniken und Krankenhäuser, die in den Krankenhausplan des Landes aufgenommen sind, sogenannte Plankrankenhäuser: Alle Hochschulkliniken und die meisten Plankrankenhäuser gehören öffentlichen oder freigemeinnützigen Trägern. Daneben gibt es diejenigen meist sehr großen Kliniken, die in privater Hand sind und die dennoch in den Krankenhausplan mit aufgenommen wurden, um die medizinische Grundversorgung sicherzustellen.

Aber es gibt eine weitere Kategorie von Kliniken, in denen sich auch gesetzlich Versicherte operieren lassen können. Das sind Kliniken, die einen Versorgungsvertrag mit Krankenkassen oder Ersatzkassen abgeschlossen haben. Diese Verträge werden zwischen Leistungserbringern (vielfach Privatkliniken) und Krankenkassen abgeschlossen und beinhalten, dass die Krankenkassen die Kosten für bestimmte ambulante und stationäre Eingriffe übernehmen.

Eine besonders innovative Art der Kooperation zwischen den Leistungserbringern und den Krankenkassen sind die Verträge zur Integrierten Versorgung. Als Integrierte Versorgung wird eine sektorenübergreifende Versorgungsform bezeichnet, in der verschiedene Fachdisziplinen und Sektoren (Kliniken, Hausärzte, Fachärzte, Apotheken und weitere medizinische Dienstleister) miteinander verknüpft werden, um die Versorgung der Patientinnen und Patienten zu verbessern und die Kosten zu reduzie-

Foto: Ute Grabowsky / photothek.net

Patientenzufriedenheit: Die Weiterempfehlungsrate

Patienten bundesweit, veröffentlicht von der Bertelsmann Stiftung (2018)

Patienten der Kinik LINKS VOM RHEIN Befragungsergebnisse (Januar 2015 bis September 2020) im Durchschnitt

ren. Insbesondere die privat geführten Praxiskliniken haben durch ihre spezialisierte Ausrichtung ideale Voraussetzungen, um den hohen Anforderungen der Integrierten Versorgung gerecht zu werden.

Was ist eine Praxisklinik?

Praxiskliniken sind nach § 122 Sozialgesetzbuch V Leistungserbringer, die neben der rein ambulanten Behandlung ausdrücklich auch den Auftrag zur stationären Versorgung haben. Dafür halten die Praxiskliniken Betreuungsmöglichkeiten vor, um Patienten über den reinen Eingriff oder die medizinische Prozedur hinaus kurzstationär zu versorgen. Die Verweildauer bei stationären Aufenthalten ist ein maßgeblicher Kostentreiber im Gesundheitswesen. Es ist erwiesen, dass die Verweildauer in Praxiskliniken deutlich geringer ist als in öffentlichen Krankenhäusern. Die Praxiskliniken tragen damit zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen bei. Natürlich erfüllen sie die geforderten Anforderungen und Richtlinien hinsichtlich Hygiene, Qualitätsstandards und Patientensicherheit. Auch dies ist gesetzlich vorgeschrieben.
Die Praxiskliniken haben durch ihr überzeugendes Konzept mittlerweile ihren festen Platz in der Gesundheitsversorgung. Sie bieten niedergelassenen Ärzten verschiedenster Fachrichtungen die Möglichkeit, ihre Patienten in modernen Strukturen zu behandeln und zu operieren. So werden Patienten während des gesamten Behandlungsverlaufes von „ihrem“ Spezialisten betreut. Die Zusammenarbeit zwischen den Praxiskliniken und ihren Kooperationsärzten ist eng. Das macht für die Patienten schnelle Termine möglich.
Durch die Unabhängigkeit von der öffentlichen Hand und die somit privatwirtschaftliche Finanzierung sind die Entscheidungswege bei Investitionen deutlich kürzer. Daher entspricht die Medizintechnik in Praxiskliniken den modernsten Standards und trägt auch dadurch zu einer optimalen Versorgung bei.

Mehr Zeit für Patienten

Für die Patienten stellen sich die Vorteile einer Praxisklinik ganz deutlich dar: Stationen in Praxiskliniken sind in der Regel deutlich kleiner als Stationen in öffentlichen Krankenhäusern. Daraus ergibt sich, dass das Pflegepersonal spürbar mehr Zeit für die Patienten hat und somit die Betreuung der Patienten persönlicher und individueller sein kann. Hinzu kommt, dass sich die Ärzte meist auf bestimmte Eingriffe spezialisieren und dass dadurch mit den OP-Mitarbeitern, der Anästhesie und dem Pflegepersonal ein eingespieltes Team den Patienten versorgt. Eine Begleiterscheinung, die nachweislich erheblich zur Zufriedenheit beiträgt.

Vorteil kurzer Aufenthalt

Im Vergleich zu vielen Krankenhäusern halten Praxiskliniken den Verwaltungsaufwand minimal und die Verweildauer der Versicherten kurz. Der medizinische Fortschritt macht es möglich: Eine Vielzahl der Prozeduren in verschiedenen Fachgebieten können inzwischen ambulant oder kurzstationär ausgeführt werden – Tendenz steigend. Etwas anderes kommt noch hinzu: In Praxiskliniken finden ausschließlich geplante Eingriffe statt. Die Patienten profitieren in hohem Maße davon, denn bei geplanten Eingriffen können bei allen Patienten Risiken wie z. B. multiresistente Keime erhoben und so weit wie möglich ausgeschlossen werden. Die Folge sind deutlich geringere Infektionszahlen.

Die Praxiskliniken in der Corona-Krise

Die Kölner Praxiskliniken haben in der Corona-Krise eng mit dem Krisenstab in Köln zusammengearbeitet. Wie alle öffentlichen Krankenhäuser in Köln sind auch die Kölner Praxiskliniken darauf vorbereitet gewesen, ihre Kapazitäten für die Behandlung von Corona-Patienten zur Verfügung zu stellen. Dazu wurden die räumlichen und personellen Ressourcen an den Krisenstab gemeldet, der die Praxiskliniken in seine Planung mit einbezogen hat. Die gute allgemeine Versorgungslage hat einen Rückgriff auf diese Ressourcen nicht gefordert.

ⓘ *Klinik LINKS VOM RHEIN GmbH & Co. KG*
Schillingsrotter Straße 39 - 41, 50996 Köln
Tel.: 0221 39800-0, Fax: 0221 39800-399
E-Mail: info@links-vom-rhein.de
Web: www.links-vom-rhein.de

Empfehlung für Privatversicherte

Privat Versicherte sind in der Wahl ihres Arztes und der Klinik, in der sie sich behandeln lassen möchten, frei. Dennoch wird privat Versicherten empfohlen, sich vor einem Aufenthalt bei ihrer Versicherung zu erkundigen, ob die Kosten für den kurzstationären Aufenthalt komplett von der Versicherung übernommen werden. Der Grund ist einfach: Durch ihre Unabhängigkeit erhalten Praxiskliniken von der öffentlichen Hand keine Zuschüsse und sind darauf angewiesen, wirtschaftlich zu agieren. Dadurch sind die Kosten notwendig realistischer anzusetzen. Viele Krankenversicherungen akzeptieren das und erstatten den Aufenthalt vollständig. Hinzu kommt, dass Praxiskliniken verpflichtet sind, die gesetzliche Umsatzsteuer abzuführen, die jedoch nicht immer erstattet wird. Insbesondere Beihilfeberechtigte sind davon betroffen. Um hier Sicherheit zu erhalten, ist es sinnvoll, einen Kostenvoranschlag bei der Versicherung einzureichen, den die Praxiskliniken ihren Patienten gerne erstellen.

Foto: Manuel Berninger, Fotoatelier Süd.

Seit 2003 werden in der Klinik LINS VOM RHEIN ambulante und kurzstationäre Eingriffe durchgeführt. Um die Versorgung der stationären Patienten kümmern sich ausschließlich vollausgebildete erfahrene Pflegekräfte.

LEBEN IN DER DOMSTADT

Bericht zeigt unterschiedliche Lebenslagen der Kölner

Foto: Sandra Pohl – stock.adobe.com

Liebe, Leben und der Dom - wie sieht das Leben der Kölner aus?

Wie geht es den Kölnerinnen und Kölnern? Geht es ihnen gut oder schlecht? Wie stellt sich ihre Lebenslage dar? Eine Antwort auf diese Fragen bietet der Kölner Lebenslagenbericht. Dieser bietet erstmals eine Bestandsaufnahme über die Lebenslagen der Menschen in der Domstadt und zeigt, wo es ihnen besonders gut geht und wo eher nicht.

Gesundheit, Schulausbildung und Berufsausbildung, Erwerbstätigkeit, materieller Lebensstandard, Wohnen, Umwelt, soziale, kulturelle und politische Einbindung, diese prägenden Rahmenbedingungen wurden im Kölner Lebenslagenbericht untersucht. Das Leben eines Menschen wird dabei in vier Phasen unterteilt: Kindheit, junges und mittleres Erwachsenenalter sowie das Seniorenalter. Welche Belastungen sich für Männer und Frauen, für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie Menschen mit und ohne Behinderungen ergeben, wird im Bericht betrachtet. Dabei legt der Lebenslagenbericht besondere Aufmerksamkeit auf Bevölkerungsgruppen, die von Armut und weiteren Belastungen besonders bedroht oder sogar betroffen sind und deren Teilhabechancen somit überdurchschnittlich stark eingeschränkt werden.

Der Bericht untersucht zudem, wie prekäre Lebenslagen entstehen, bspw. durch gesundheitliche Einschränkungen oder vorhandene Bildungsdefizite. Dadurch können im späteren Verlauf des Lebens Zugangsmöglichkeiten zu Ausbildungsplätzen und Erwerbstätigkeiten beeinträchtigt sein. Die Wahrscheinlichkeit einer guten Einkommens- und Wohnsituation sowie einer guten Altersversorgung ist dadurch reduziert. Teilhabe bzw. soziale Ausgrenzung wird im Bericht damit auch auf nicht monetäre Aspekte untersucht.

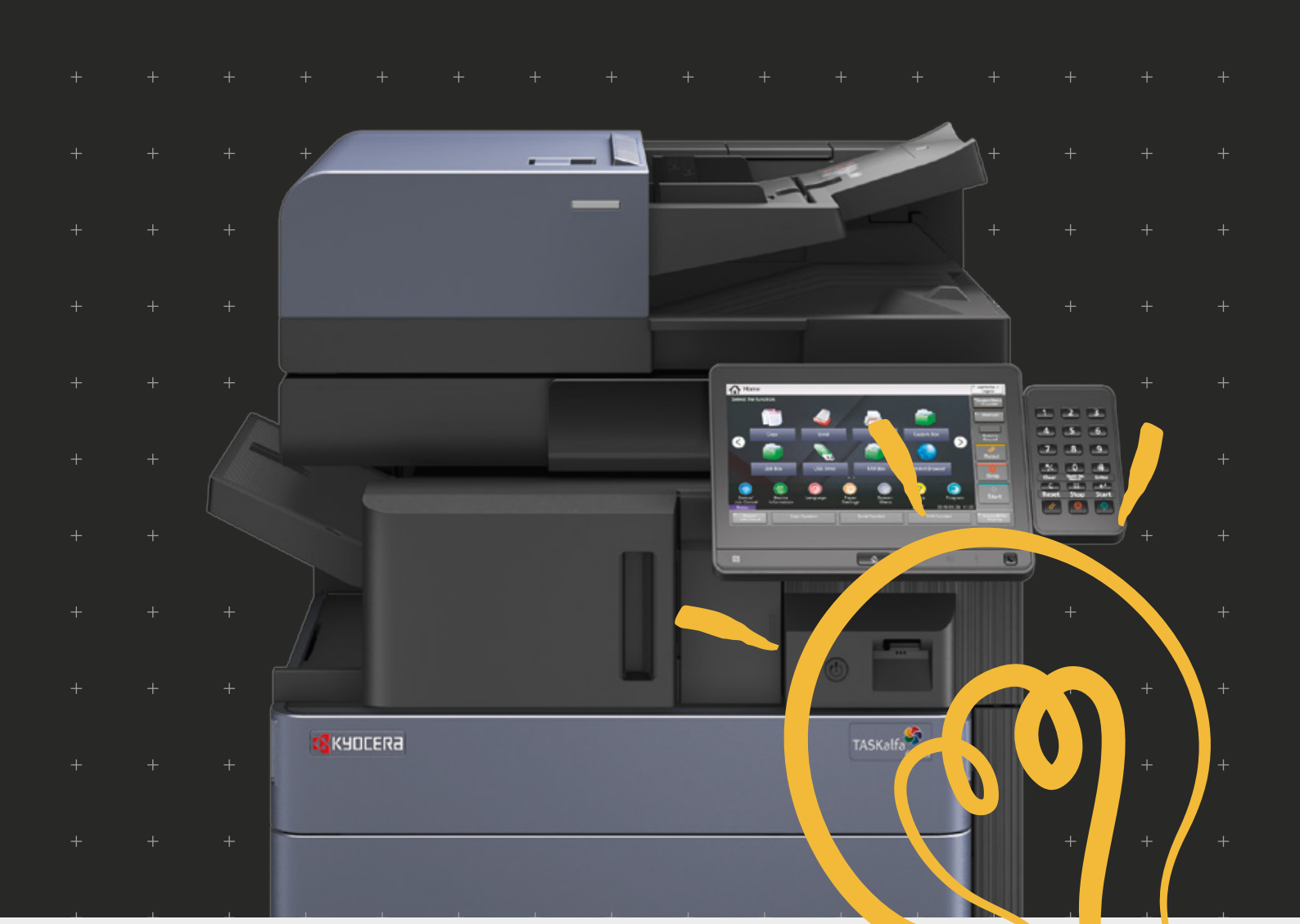
Kölnern geht es gut, aber viele sind von Armut bedroht

Ziel des Lebenslagenberichts ist es, basierend auf den Analyseergebnissen eine Verbesserung der Arbeit der Stadtverwaltung zu ermöglichen. Der Bericht richte sich daher an die städtischen Fachverwaltungen, aber auch an die Stadtgesellschaft und weitere Akteure wie Wohlfahrtsverbände oder die Wirtschaft. „Der Bericht zeigt, dass es den meisten Kölnerinnen und Kölnern gut geht. Zudem unterscheiden sich die Lebenslagen in Köln nicht wesentlich von den Lebenslagen der Bevölkerung anderer Metropolen. Allerdings sind noch zu viele Menschen in unserer Stadt einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt“, sagt Dr. Harald Rau, Beigeordneter für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen der Stadt Köln. „Um die Lebensbedingungen und Teilhabechancen insbesondere von Menschen mit eingeschränkten Teilhabemöglichkeiten zu unterstützen und neue Perspektiven zu eröffnen, werden wir verstärkt und treffsicherer mit integrierten Lösungen ansetzen. Für diese Aufgabe ist der Lebenslagenbericht eine fundamentale Arbeitsgrundlage.“

Innerhalb des Kölner Stadtgebiets sind die Teilhabechancen und Teilhaberisiken unterschiedlich stark ausgeprägt. Laut Lebenslagenbericht sind 25 Kölner Stadtteile sehr gut aufgestellt. Sieben schnitten mit „gut“ ab, 38 Stadtteile schnitten durchschnittlich ab. In 16 Stadtteilen wurden allerdings stark erhöhte Problemlagen im Sinne von Mehrfachbelastungen ermittelt. Die Auswirkungen durch die Coronapandemie wurden im Bericht noch nicht abgebildet. Die Daten, die maßgeblich zur Erstellung des Lebenslagenberichts herangezogen wurden, stammen aus dem Jahr 2018. Die im Bericht ermittelten Stadtteile mit erhöhten Problemlagen werden im Programm „Lebenswerte Veedel“ bereits besonders berücksichtigt. Der Bericht zeigt aber klar, dass diese Stadtgebiete viel Aufmerksamkeit mit Blick auf Teilhaberisiken in allen Lebenslagenbereichen sowie in der Stadtentwicklung benötigen. „Ein weiteres bedeutsames Ergebnis ist, dass die Kölnerinnen und Kölner mit Migrationshintergrund strukturell ein höheres Armutsrisiko haben. Das bedeutet, dass sie trotz vieler Anstrengungen noch nicht die gleichen Chancen haben. Wir müssen unser Augenmerk deshalb noch stärker auf eine gelingende Integration insbesondere der jungen Migrantinnen und Migranten in die Stadtgesellschaft richten, denn sie ist entscheidend für ein zukunftsfähiges Köln“, schrieb Oberbürgermeisterin Henriette Reker im Vorwort zum Lebenslagenbericht.

Christian Esser

NetCologne
Sie machen Ihr Business. Wir machen Sie schneller.
Mit bis zu 10 Gbit/s Highspeed-Internet für Köln.
Verbessern Sie Ihre Prozesse auf die schnellste Art: Mit Glasfaserleitungen für ein effizienteres, agileres Arbeiten. Gemeinsam planen wir Ihre individuellen IT-Lösungen und bringen Ihr Unternehmen auf direktem Wege in die Digitalisierung.
Lösungen, die genau auf Ihre Ansprüche zugeschnitten sind, besprechen Sie ganz einfach und schnell mit uns:
0221 2222-995 · business@netcologne.de
netcologne.de/business
Uns verbindet mehr.



Uni·ver·sal·ge·nie = scannen, drucken, faxen, kopieren, falzen, lochen archivieren, mailen....

Es gibt nicht viel, was die Spitzenmodelle der TASKalfa-Serie nicht können. Sie entlasten Sie im hektischen Büroalltag beim Erstellen, Bearbeiten, Versenden und Archivieren von Dokumenten – ob digital oder aus Papier. Nur den Kaffee müssen Sie noch selbst kochen.
kyoceradocumentsolutions.de

KYOCERA

Eßer Office Group
Düren | Aachen | Düsseldorf | Mönchengladbach